

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abohnenungspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenuhr "Neue Welt" inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1,80 Mk., für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pf. egl. Bestellgeld.

Chiefredaktion:  
Dr. Bruno Schonlauk.

Inserate werden die gespaltene Petitzelle oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinssangen 15 Pfennige. — Schwieriger Soz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr fällig in der Expedition abgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftsstelle 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 4. Mai.

Die zweite Lesung des Börsengesetzes ist für die Erkenntnis der politischen Lage von nicht geringem Werte, obgleich man nun die Zustände in großen bürgerlichen Parteien oder in der Regierung betrachten.

Als die entscheidende Frage, um die sich die Debatten vor allem drehten, ist die des Getreidevertragsgeschäfts zu betrachten. Mit dem Verbot dieser Form des modernen Handels ist auch die Stellung unserer Partei zu dem ganzen Gesetz entschieden. Die Leser der Leipziger Volkszeitung sind durch eingehende Berichte aus der Börsengesetzmmission und durch einen besonderen Aufsatz über das Wesen des Teringeschäfts (Nr. 67 vom 20. März d. J.) zur Kenntnis unterrichtet. Es handelt sich um eine notwendige Einrichtung des großkapitalistischen Verkehrs, die Konsequenz des Welthandels im Zeichen von Elektricität und Dampf. Der Teringhandel ist ein Schutz gegen die Preistreiberei, ein Mittel der Preisausgleichung gerade auf dem Gebiete der Volksernährung, die auf den Brotrüchten beruht.

Am 1. Mai sind im Reichstage die beiden Mittelparteien, das Centrum und die Nationalliberalen, mit steigenden Fäden in das Lager der Junker übergegangen; der Brotwucher triumphierte. Wer im Centrum oder bei denen um Bennigsen nicht in das Horn der Teringegner blieb, der drückte sich scheu und schwachlich beiseite und entwich vor der namentlichen Abstimmung. Dass die Linke so schwach vereitet war, erklärt sich aus dem Weltfeiertag der Arbeit; der allergrößte Teil der sozialdemokratischen Fraktion war abwesend.

Au dem Ausgänge freilich hätten auch unsere Freunde nichts anderes können. Die Parlamentsmehrheit war da; die Agrarier hatten den letzten Säumenden herbeigeholt, und der Jubel der Sieger war groß.

In der Partei, die als die Wortschreiberin des Großkapitals gilt, in der nationalliberalen hat das Agrartum die Oberhand gewonnen, und der "Staatsmann" Bennigsen, dem die einstige Machstellung in der Fraktion schon lange nicht mehr eignet, labierte nach rechts, um nicht den Bund der Landwirte, den gefährlichen Wahlaufläufen, zu sehr zu reizen. Sie hat eine Partei offener ihre Überlieferung verlängert, wie sich mehr in Widerspruch mit ihrer ganzen Auffassung gesetzt. Der Verfall des Nationalliberalismus, dessen Reihen zerplätteten, der immer deutlicher als ein Anhänger des Freikonservatismus erscheint, geht raschend schnell vor sich. Und die Spaltung lässt sich nicht aufhalten; dieser Liberalismus ist überlebt, er führt nur noch ein Schein-

dasein. Die nächsten Wahlen werden ihm das wohlverdiente Ende bereiten. Heute sind's ihrer noch 49. Und 1898??

Mit den alten Widersachern Hand in Hand gingen die Centrumsleute. Denen schlottern die Frene vor dem Antritt der schlesischen, der rheinischen Agrarier katholischer Farbung, die unter Voß, unter Schalch's Führung dem Centrum mit Absall, mit Aufruhr, mit Absonderung drohen, wenn dieses nicht durch dick und dünn für die agrarischen Forderungen geht.

Hier ist der Hebel der Agitation einzusezen; die Arbeiter, die kleinen Leute, die heute noch dem Centrumsbanner folgen, werden die agrarischen Quertriebereien der Bäcker und Vieher auf die Dauer nicht mehr mitmachen. Auch hier bröckelt es.

Unser Fraktionsredner Schonlauk hat am 1. Mai diesen Thalbestand scharf hervorgehoben und auch auf die Einflüsse hingewiesen, die hinter den Coulissen wirken. Sicher ist nicht ohne Erfolg jenes gescheitigte Wort eines sehr hohen Herrn geblieben, das unser Redner ansprach. Es fiel jüngst auf einem Diner: "Verbieten Sie doch das Teringgeschäft!"

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt hatte, schlug, was in der Uera der Flügeladjutantenpolitik nicht verwunderlich ist, plötzlich um.

Die Regierung aber, die in der Vorlage, in den Motiven der Vorlage, in der ersten Lesung des Gesetzes, in der Kommission die Unterdrückung des Teringeschäfts nicht etwa gefordert, sondern bekämpft und dessen wirtschaftliche Not

Der Hofkonsul geht übrigens weiter. Wie die Welt am Montag schreibt, steht der Rücktritt des Handelsministers v. Berlepsch unmittelbar bevor. Die Nichtbeachtung desselben durch den Kaiser während der Eröffnungsfeier am 1. Mai sei allgemein aufgefallen. Auch sei der Minister, obwohl Ehrenpräsident der Ausstellung, nicht zum Gabelröhrtisch eingezogen worden. Dieser Umstand habe Herrn von Berlepsch noch am Abend des 1. Mai bestimmt, sein Demissionsschreiben einzureichen.

## Deutsches Reich.

### Ein Kolonialstrach in Deutschland.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Zürcher Post, ein angehendes schweizerisches Blatt, die Zuschrift eines Kämers der deutschen Kolonialverhältnisse, die es verdient, mitgeteilt und erörtert zu werden. Wir berichten nur Berichtes, da wir nicht in der Lage sind, den Thatbestand zu kontrollieren, erwarten aber, daß die dazu Verurteilten, die leitenden Kreise, darüber die nötige Auskunft geben. Man lese!

Die von dem famous Dr. Peters begründete Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft ist mit ihren Mitteln nahezu fertig. Die sechs Millionen Mark, die sie vom Reiche in der Form einer Anleihe erhalten hat, sind ziemlich aufgebraucht. Die Gesellschaft zieht sich daher in letzter Zeit wieder Mühe, neue Vorzugsanteilscheine unterzubringen, aber mit geringem Erfolge, der Krach scheint deshalb fast unvermeidlich. Die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft kann sich höchstens noch ein Jahr über Wasser halten, wenn sie von den früher begebenen Vorzugsanteilscheinen, von denen erst 25 Proz. bezahlt sind, die restlichen 75 Proz., im ganzen 1 bis 1½ Millionen, einzieht. In einem Jahre aber werden auch die verwirtschaftet sein. Was dann? Diese Frage legt sich jedenfalls auch die deutsche Reichsregierung vor, die stark bei der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft engagiert ist. Wahrscheinlich wird sie in der nächsten Session mit neuen Forderungen im Interesse der genannten Gesellschaft an den Reichstag herantreten. Auch die bisherigen Aufwendungen sind ja größtenteils im Interesse der Kolonial-Gesellschaften gemacht worden.

Aufsiedler gibt es in Ostafrika noch nicht und wird es auch nie geben, weil das Klima eine dauernde Ansiedlung unmöglich macht. In Deutsch-Ostafrika kommen in kolonialistischer Beziehung nur die Gesellschaften in Frage. Der große, kostspielige Beamtenapparat, die Schutztruppe, die postalischen Einrichtungen, die Dampfschiffsbauten, kurz alles, was aus Reichsmitteln erhalten und bestritten wird, kommt nur den Gesellschaften zu gute. Was leisten dann aber diese Gesellschaften, daß man sie einer derartigen Unterstützung für wert hält? Nach den bisherigen Erfahrungen nichts.

Die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft hat ihr ganzes Vermögen verpufft und, trotz des Mängelreiches, das sie für Deutsch-Ostafrika von der Regierung erhalten hat, nicht die geringsten Erfolge aufzuweisen.

Die Deutsch-ostafrikanische Plantagengesellschaft, die von den bekannten Kolonialschwärtern Graf Behr-Bandelin und Dr. Schroeder-Poggendorf begründet worden ist, zeichnet sich ziemlich ausschließlich durch die schlechte Behandlung und noch schlechtere Bezahlung ihrer Angestellten aus.

Die Usambara-Kaffeebau-Gesellschaft hätte vielleicht etwas erreichen können. Sie hat aber das Pech gehabt, daß ihr Experte Dr. Hindorf die Kaffekrankheit aus Ceylon nach Deutsch-Ostafrika eingeschleppt hat. Wie kundige Leute behaupten, sind die Aussichten, in Usambara in absehbarer Zeit Kaffee bauen zu können, sehr gering.

Das Meinedesche Buckersyndikat hat nicht viel mehr erreicht, als dem leitenden Direktor in Berlin eine hübsche Einnahme zu verschaffen. Heute, wo durch die blühende europäische Zuckerlüberindustrie die Zuckerrohr-Plantagenwirtschaft in überseeischen Ländern völlig brach gelegt worden ist, ist es einfältig, ein derartiges Unternehmen in einer deutschen Kolonie beginnen zu wollen.

Die Deutsch-ostafrikanische Eisenbahngesellschaft Usambaralinte ist ein Ableger der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft und sollte dieser neue Kapitalien zuführen. Das Malheur der Kaffeebau-Gesellschaft entwertet auch die von der Eisenbahngesellschaft gebaute, vierzig Kilometer lange Bahnhilfslinie völlig. Die Straubenzuchtgessellschaft am Kilima Njaro steht unter dem Kommando des Lieutenanten Bronsart von Schellendorf, eines Neffen des preußischen Kriegsministers. Sie hat ihre Tätigkeit eben erst begonnen; ihre Leistungen werden bestens bescheiden bleiben. Die kürzlich neugebildete Tanga-

Tanze ich mit Kamilla, so glaube ich, ich müsse sie heiraten; tanze ich mit Dir, so erscheint es mir als eine Notwendigkeit, Deine Schwester führen zu lassen.

Der alberne Geck, sagte Kamilla, den reizenden Mund höhnisch verzehrend.

Liebe Kinder, sagte die Präsidentin, macht, daß Ihr in eine Lage kommt, wo Ihr, wie Tante Antonie, unter Euren Unbetern die Auswahl habt. Es liegt in Eurer Hand. Bietet alles auf, den Großenkel bei guter Laune zu erhalten. Es muß diesmal etwas Entscheidendes geschehen. — Aber dies lange Wartenmüssen ist wirklich ärgerlich; und auch Madame lädt sich gar nicht blicken! Wir wollen nach dem Schlosse zurückgehen, ob wir nicht wenigstens etwas zu essen bekommen können; ich bin beinahe ohnmächtig vor Hunger!

Komm, liebes Mamachen! sagte Aurelie, der Mutter den Arm bietend. Kamilla, nimm Du die Blumen mit! Wir könnten sie freilich ebenso gut in den Teich werfen.

Die Damen hatten einige Schritte gethan, als sie sahen, wie eins der blauen Rouleaus, auf welche sie noch immer die sehnsüchtigen Blicke gerichtet hielten, langsam in die Höhe gezogen wurde. Eine riesenlange Gestalt mit einer weißen Bipselmütze auf dem Kopfe, den oberen Teil des Körpers in eine weite flanellene Nachttäcke gehüllt — den unteren Teil verbarg die hohe Brüstung — erschien hinter den Scheiben.

Der Onkel — der Großenkel! riefen Mutter und Tochter wie aus einem Munde.

Die weiße Gestalt öffnete den einen Fensterflügel und lehnte sich hinaus.

Guten Morgen Onkel! — guten Morgen, Großenkel! riefen die Damen.

Gesellschaft hat die Vändereien des Herrn von Saint-Paul-Maire und der Freiin Frieda von Villow, der Verfasserin des Tropentellers, bei Tonga käuflich erworben und beabsichtigt, mit ihnen Bankspedition zu treiben.

Das sind die Gesellschaften. Nicht eine einzige hat bisher die ihr gestellte Kulturaufgabe erfüllt. Was in den amtlichen Denkschriften über die Fortschritte der Kolonie gesagt wird, ist Phantasie.

Von den Gesellschaften hat bisher keine einzige eine Verzinsung ihres Kapitals erreicht. Im Gegenteil, die meisten haben ihre Kapitalien aufgebraucht. Das sieht man sich gefallen, so lange nur einige Großkapitalisten die Leidtragenden sind. Wird aber der Sparprozentsatz des kleinen Mannes in Anspruch genommen, dann ist es höchste Zeit, dem energisch entgegenzutreten. Die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft hat bisher ihre Dividenden (5 Prozent für die Inhaber der Vorzugsanteilscheine) vom Kapital bezahlt.

Der Gewächshausmann der Zürcher Post schreibt: „In dem Momenten, wo das Kapital verbraucht ist, bleiben der Gesellschaft nur drei Wege: Sie kann versuchen, neue Kapitalien aufzunehmen, oder sie liquidiert in allen Ehren, oder endlich sie sucht ihre Verluste auf fremde Schultern abzuwälzen. Neue Kapitalien anzuziehen, wird ihr nicht gelingen. Liquidieren will die Gesellschaft nicht. Dann verlieren ihre Aktionäre ihr Geld. Bleibt also nur der dritte Weg übrig . . . sich aus der Schlinge zu ziehen. Wie wir erfahren, sucht die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft jetzt mit der deutschen Regierung Führung, um vor der Liquidation bewahrt zu bleiben. Sie plant eine Schließung und möchte sich für diese die Unterstreichung der Regierung sichern. Vor einiger Zeit hat sich ein Syndikat für den Bau einer centralafrikanischen Bahn gebildet und den Geheimrat Vorrmann als Experten nach Ostafrika geladen. Dieses Syndikat, das unter der Regie des Kommerzienrats Lucas, des Direktors der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, entstanden ist, verlangt von der Regierung große Konzessionen und verpflichtet sich dafür, der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft alle Konzessionen, die diese hat, für eine große Summe abzukaufen. Bei diesem Kauf sowie der Entsendung des Experten und sonstigen Reklamen, handelt es sich einzig und allein darum, die Liquidation der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zu verhindern. Diese will ihre gesamten ziemlich wertlosen Konzessionen, wie Münzrecht, Landkonzessionen u. s. w., an eine neue Gesellschaft verkaufen und hofft dabei noch ein erhebliches Plus herauszuholen. Dann kann sie ihre an sich schon beglückten Aktionäre befriedigen.“

Dann heißt es weiter: „An der Spitze der neuen Gesellschaft stehen dieselben Männer, die die Leitung der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in Händen haben. Die ganze Sache ist also unverkennbar eine grohartige Schließung, und es fragt sich nur, wie das Eisenbahnsyndikat die als Grundkapital in Aussicht genommenen 30 Millionen Mark, von denen sie auch die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft ausbezahlen muß, beschaffen will.“

Auch darüber haben wir näheres erfahren. Dieses Geld soll durch Ausgabe von kleinen Anteilscheinen, eventuell a 20 Mk., aufgebracht werden. Diese Idee könnte ein Finanzgenie ausgeheckt haben. Sie verspricht einen sicheren Erfolg, wenn nicht rechtzeitig vor dem Ankauf solcher Papiere gewarnt wird. Das Großkapital ist viel zu vorsichtig, um sich in Afrika irgendwie zu engagieren. Aber der Appell an den kleinen Später ist selten vergebens. Um so notwendiger ist eine rechtzeitige Warnung. Das Projekt des centralafrikanischen Eisenbahnbau ist eine spekulative Gründung, die dazu dienen soll, den bei der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft beteiligten Großkapitalisten ihr Geld zu retten. Die Unternehmer des Bahnprojektes wissen ganz genau, daß eine centralafrikanische Bahn sich nie rentieren kann und daß die Besitzer der Anteilscheine ihr Geld verlieren werden. Es wird vielleicht mit dem Bahnbau wirklich begonnen werden, aber ganz sicher kommt eines Tages der Krach. Die Großkapitalisten ziehen sich kaltblütig zurück, und die kleinen Leute können ihre Sparpfennige bejammern, die in die Taschen der Großen gewandert sind.

Dass man die Regierung in dieser Sache als Abhängigkeitschild benutzen will, ist ein so geschickter Kniff, daß die Aussichten auf Erfolg recht groß sind. Wir halten es daher für unsere Pflicht, das deutsche Publikum vor diesem Unternehmen rechtzeitig zu warnen. Wir wollen, so viel an uns liegt, ein deutsch-koloniales Panamas zu verhindern suchen.“

Wir geben diese Darlegungen mit allem Vorbehalte wieder, halten ihre Mitteilung aber für eine publizistische Pflicht. Bestätigen sich die Angaben der Zürcher Post, dann ständen wir vor einem unerhörten Skandal. Die großkapitalistischen Kreise, die jetzt in der Rettung des „Mittelstandes“ Unglaubliches

leisten, würden danach auf handfestster That erlappt, wie sie dem Kleinbürgertum, den „kleinen Sparern“, d. h. den Kleinkapitalisten in erster Reihe den Untergang bereitet.

Sache der Reichsregierung ist es, hier Aufklärung und zwar so rasch als möglich zu schaffen.

\* Berlin, 4. Mai. Das preußische Herrenhaus ist, und zwar nicht das erste Mal, widersprüchlicher gegen die Regierung, als die Landtagskammer. Auch in zweiter Lesung hat es den Lehrerbefreiungsgesetzentwurf abgelehnt. —

In der amtlichen Berliner Korrespondenz liest man: „Vor gekommenen Unregelmäßigkeiten in der Behandlung des von Untersuchungsgefangenen geschriebenen Briefe haben den Minister des Innern veranlaßt, nach dem Benehmen mit dem Justizminister folgende Bestimmung zu treffen: Der von einem Untersuchungsgefangenen geschriebene Brief wird von ihm in einen offen bleibenden, mit Adresse versehenen Umschlag gestellt; ein zweiter, von dem Gefangen zu verschließender Umschlag nimmt den adressierten Brief auf und wird mit der Aufschrift: „An den Herrn Untersuchungsrichter. Altenzeichen . . .“ versehen. Der solcherart geschlossene Brief ist durch Vermittelung des Gefängnisvorstehers dem Untersuchungsrichter zu übergeben, welcher über seine weitere Behandlung und auch darüber zu bestimmen hat, ob etwa der Brief nachträglich dem Gefängnisvorsteher zur Kenntnisnahme seines Inhalts vorzulegen ist. Ein vorheriges Lesen des Briefes durch Gefängnisbeamte ohne Zustimmung des Gefangenen ist unzulässig.“

Die deutsche Reichsregierung hat die amtliche Teilnahme Deutschlands an der nächstjährigen Brüsseler Weltausstellung angezeigt.

Eine Verstärkung der Schutztruppe für Südwestafrika soll nach dem Hamburger Korrespondent in Höhe von nicht weniger als 400 Mann Ende Mai mit einem Obermaatdampfer von Hamburg abgehen. Die Schutztruppe für Südwestafrika bestand bis 1892 nur aus 50 Mann. Wegen der Kämpfe mit Witbooi wurden im Februar 1893 215 Mann nachgeschickt. Im September 1893 folgte eine weitere Verstärkung von 120 Mann, im Juli 1894 traf eine weitere Verstärkung von 240 Mann ein. Dadurch wurde die Schutztruppe auf eine Stärke von 14 Offizieren und 540 Mann gebracht. In gleichem Maße wachsen die Ausgaben für das südwestafrikanische Schutzbereich; im Reichshaushalt für 1893/94 betrug die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben 273 800 Mk., 1894/95 1 027 000 Mk., 1895/96 1 727 000 Mk. und 1896/97 2 473 000 Mk., wovon das Reich fast genau 2 Millionen zuschlägt muss. Die neue große Verstärkung mit den einmaligen Ausgaben wird nahezu 2 Millionen Mk. kosten. Mit den neuen Verstärkungen und den zurückgehaltenen ausgedienten Soldaten und den Hilfstruppen wird der Landeshauptmann in 2 bis 3 Monaten über etwa 1500 Mann zu verfügen haben. Insgesamt hat Südwestafrika seit der Flaggenhisung schon über sechs Millionen Mark verschlungen, ohne daß die geringste Aussicht vorhanden ist, dort irgendwelche Erfolge zu erzielen.“

Kurt Toeppen, ein seltsamer Kolonialheldiger, sendet dem Hamburger Fremdenblatt eine Buschritter, in der er erklärt, keineswegs „im Innern eines mohamedanischen Reichs verschwunden und unerreichbar“ zu sein, wie Geheimrat Kayser im Reichstag behauptet habe, sondern in Bombay, Meadow Street Nr. 14, direkt neben dem deutschen Konsulat zu wohnen, und in der er ferner nach seinem Tagebuch eine ausführliche Erzählung der Errordnung des Deutschen Künzels und seiner Angestellten in Witu durch Wituleute gibt, um zu erweisen, daß er keineswegs der Urheber dieser Morde war, sondern im Gegenteil alles versucht habe, um sie zu verhindern, was ihm aber bei der Witu der Wituleute über ihre Auslieferung an England und bei dem aufreizenden und heftigen Wesen Künzels nicht möglich gewesen sei. Toeppen weiß dabei im einzelnen darauf hin, daß er erst nach Witu gelangt sei, als Künzel mit seinen Leuten bereits ermordet war, daß er die Erzählung von dem Geschehenen vom Sultan von Witu selbst gehört und daß er die Leichen der Erschlagenen gesehen habe; seine Bitte, diese beerdigen zu dürfen, sei ihm, als unvereinbar mit den Vorschriften, abgeschlagen worden. Die Erregung der Wituleute war so stark, daß Toeppen selbst in steterodesgefahr schwieb und nur unter bewaffnetem Geleit an die Küste kam; der Sultan konnte seine wütenden Soldaten kaum zügeln. Eine charakteristische Neuierung erzählt dabei Toeppen vom Sultan. Er sagt, dieser sei sehr erbost auf die Deutschen gewesen, weil er, ohne gefragt worden zu sein, mit seinen Untertanen „wie eine Herde Hammel“ verlaufen worden sei. —

Der Reichstag hat sich am Sonnabend über die Konvertierung der Reichsanleihen unterhalten. Unser Redner

Die Entfernung zwischen ihnen und dem Schloß betrug vielleicht hundert Schritt; nur ein Stück Garten und der Teich lagen dazwischen. Es sahen unmöglich, daß der General sie nicht sehen sollte. Dennoch mußte es der Fall sein. Er wandte den Kopf nach rechts, er wandte den Kopf nach links; er lehnte sich noch weiter hinaus und blickte in die Stachelpferdbüschle unter dem Fenster.

Hier, hier! schrien die Damen und winkten mit den Tüchern.

Der General richtete den langen Leib empor, legte die runzlige Hand über die buschigen Brauen und lugte scharf nach dem blauen Himmel. Als er auch dort niemanden entdeckte, von dem die Fliege möglicherweise ausgehen konnten, schenkte er die Sache als hoffnungslos aufzugeben. Er schüttelte die Zipselmütze und schloß bedächtig das Fenster.

Hier, hier! riefen die Damen, aber die Stimmen klangen sehr kläglich. Im nächsten Augenblick war das blaue Rousseau wieder herabgelassen.

Er hat uns nicht gesehen! sagte die Präsidentin beinahe weinend.

Oder nicht sehen wollen! sagte Aurelie. Nimm's Dir nicht zu Herzen, Mamachen, wir wollen auch alles thun, um dem Großenkel zu gefallen. Der Gedanke, einmal hier einen großen Ball geben zu können, ist wirklich zu schön!

Die muntere Aurelie sah die Mutter um die Taille und zog sie scherzend den Weg entlang, nach dem Schloß zu. Kamilla folgte langsam. Die feinen Brauen leise zusammengezogen und die feinen Wimpern tief über die schwärmerischen Augen gesenkt, überlegte sie: ob es wohl möglich, und wie es anfangen sei, daß der Großenkel sie, Kamilla von Hohenstein, mit Übergehung aller übrigen Verwandten, zur alleinigen Erbin von Rheinfelden mache.

## Zweites Kapitel.

Als die Damen durch die verfallene, epheueranische Pforte auf den Schloßhof getreten waren, sahen sie statt ihrer Equipage, die man unterdessen in den Schuppen gebracht hatte, ein paar Reitpferde am Bügel umherführen, und eine offene Kalesche, von der eben die Pferde abgeschirmt wurden. Dieser Anblick stiegerte die Verstimmung der Damen, wenn das noch möglich war. Während sie im Garten auf und ab promenierten, waren Obristin angelommen, hatten sich jedenfalls bereits melden lassen und waren vielleicht schon vorgelassen worden.

Aber ich werde dem Großenkel sagen, daß wir schon seit zwei Stunden hier sind, rief die Präsidentin, die sowohl Unfälle aus ihrer gewöhnlichen phlegmatischen Ruhe aufgeschreckt hatten, indem sie eifrig ihren Töchtern voran nach dem Schloß zu ging.

Auf der Schwelle der weitgedachten Haustür überzeugten sich die Damen indessen, daß sie sich ohne Grund erregt hatten, denn sie fanden in dem hohen, mit Steinfliesen ausgelegten und rings mit Galerien versehenen, stattlichen Flur die Obristin von Hohenstein und ihre beiden Söhne, den Lieutenant Bruno und den Fähnrich Otto, in offenbar sehr großer Verstimmung, die bei dem unerwarteten Eintreten der Damen einem verlegen Schrecken wichen.

Ah, Du auch hier, liebe Alothilde? rief die Obristin, schnell ihre Fassung wiedergewinnend und der Präsidentin mit offenen Armen entgegenstehend.

Wie Du siehst, liebe Selma! entgegnete die Präsidentin, die Umarmung sehr flüchtig erwidernd.

(Fortsetzung folgt.)

hat natürlich für die Binsfuscherabsetzung ein. Posadowsky erklärt: Konvertiert wird nicht! —

Die National-Zeitung sieht auf den Trümmern national-liberaler Herrlichkeit und Naget; auch ihr Abgott, Oberpräsident von Bismarck, ist abgefallen. Sie schreibt: „Die Unterwerfung unter den Bund der Landwirte in der Frage des Getreidehandels würde eine weit über die sachliche Tragweite dieser einzelnen Frage hinausreichende Bedeutung haben. Die Mißhandlung der Siedlungen im Lehrerbesiedlungsgesetz, der Assessoren-Paragraph, der trotz aller Versuchungsversuche bedrohliche Stand der Frage des Militärstrafverfahrens, die Anläufe zur erneuten Feudalisierung des Grundbesitzes — diese und manche andere Anzeichen haben bereits seit einiger Zeit daran gemahnt, daß das Bürgerstum sich auf eine entschlossene Defensive vorzubereiten hat; sagen die Regierungen sich jetzt in einer wirtschaftlichen Frage, die von der national-ökonomischen Wissenschaft genau so bewertet wird, wie von den praktischen Sachkennern, los von den in der Kommission abgegebenen Erklärungen, so wird man dies lediglich als die endgültige Unterwerfung unter die Befehle der Agrarier ansehen können, und es wird so von weiten Volkskreisen aufgesetzt werden, denen der Getreidehandel höchst gleichgültig ist. Man wird dann wissen, was die Glocke geschlagen hat.“ Aber dies Völkeramt ist ja nur ein Anhänger der Agrarier!

Für den Reichstagwahlkreis Löwenberg in Schlesien hat eine Erschwahl stattgefunden. Die Ernennung des dortigen Abgeordneten Landrats v. Hollenagger aus Löwenberg zum Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat im Ministerium des Innern wird amtlich bekannt gemacht. Landrat v. Hollenagger ist schon seit länger als Jahresfrist als Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern thätig. Der Wahlkreis war von 1890 bis 1892 durch den freiliegenden Abgeordneten Friedländer vertreten. Die Konservativen stellen mit Zustimmung Nationalliberaler an Hollenaggers Stelle den Grafen v. Rostiz auf Bobten, Kreis Löwenberg, auf. 1893 wurden 4486 freiliegende, 1639 Centrums-, 78 sozialdemokratische, 5051 konservative Stimmen abgegeben. Herr v. Hollenagger hat, ein alter Landratsbrauch, durch das Parlament Karriere gemacht. Und das genügt.

Bur Gehrde zwischen Stumm und Pastor Naumann. Die Hilfe, Naumanns Organ, teilt mit, „daß das Kaiserliche Telegramm, auf das sich Frhr. v. Stumm bezogen hat, gar nicht an Frhr. v. Stumm gerichtet war, sondern an Geh.-Rat Dr. Hünziker, den früheren Erzieher des Kaisers. Das Telegramm trug einen vertraulichen Charakter und enthielt den Gedanken, daß sich die Geistlichen nicht um Politik kümmern, sondern bei Seelsorge und Predigt bleiben sollen. Ein evangelischer Superintendent ließ sich das Telegramm zeigen und sagte dann zu Stumm: „Da sind aber recht ansehnliche Sätze drin.“ Stumm erwiderte: „Ja, ich habe auch Bedenken getragen, sie mitzuteilen.“ Da ist also die Haltung Stumms gegenüber dem Telegramm! Er trägt Bedenken, den Wortlaut mitzuteilen und trotzdem verlangt er, daß wir ihm glauben, er sei der rechte Verkünder des Kaiserlichen Willens. Hier hat sich Stumm seine Grube selbst gegraben. Ist es nicht eine wahrhaftige Halbergsche Unverantwortlichkeit, mit einem Kaisertelegramm zu kämpfen, das der Kämpfer selbst für nicht völlig mitteilbar hält? —

Es hilft doch! Die eindringliche Kritik, die Genosse Bebel an den Rettungsvorlesungen der deutschen Niedereien im Reichstage übt, hat jetzt den Norddeutschen Lloyd veranlaßt, einen Inspector anzustellen, der speziell sein Augenmerk auf das Rettungswesen zu richten hat. Es sollen nur Matrosen gesucht werden, die im Rudern ausgebildet sind. In gleicher Weise will auch die Hamburg-Amerika-Linie verfahren. Sie hat den bisherigen Korvettenkapitän Scheweloh als Inspector angestellt und ihm die Bewaltung und Beaufsichtigung des Rettungsmaterials der Dampfer, als Boote, Rettungsgürtel ic., übertragen.

**3. Nürnberg, 2. Mai. Ordnungssäulen.** „Unser“ Herr Polizeihauptmann, der, um sein gewaltiges Trinkbedürfnis befriedigen zu können, jahrelang arme Kellner täglich um etliche Glas Bier beschummelt hat, ist „von innen gegangen“. Nicht etwa, daß er so viel „Ehrgeschäß“ gezeigt hätte, sich eine Flug durch den Kopf zu schießen — nein, so weit „vergibt“ sich solch ein „Herrmann“ nicht — er ist einfach ausgerückt, nachdem er in dem von ihm angestrengten Prozeß schmachhaft unterlegen ist. Am Tage der Verhandlung hatte er noch zweimal Audienz bei seinem Parteigenossen und Chef Bürgermeister Ritter Dr. von Schuh, der weder disciplinär noch sonstwie gegen ihn eingeschritten, obwohl er schon längere Zeit über dessen Treiben unterrichtet war. Gleichzeitig lag man im Staatsanwalt, dem Freisinnigen Frankfurter Kurier, der Herr Hauptmann sei „in Urlaub“ gegangen. Er war aber nur nach Ansbach zur Kreisregierung von Mittelfranken gefahren, wohl um sich dort Ruhe zu erholen. Am Nachmittag kam er wieder zurück, um anderen Tages nach München zu dampfen und dort eine Audienz bei Herrn von Heilmann, unserem Central-Polizeigewaltigen, zu bestehen. Nachdem er, wie es scheint, auch dort „abgefahrene“ war, verschwand er hier, nachdem er noch gegen daß ihn vernichtende Urteil des Schöffengerichts Verurteilung ergriffen hatte!

Sein Rechtsbeistand hat jedoch erklärt, von einer ferneren Vertretung des sauberen Herrn Hauptmanns nichts mehr wissen zu wollen. In der „gutgesinnten“ Presse wird berichtet, daß er „Weggangs halber“ seinen Austritt aus diversen Gesellschaften und Vereinen angemeldet habe. Bemerkenswert ist die Haltung der ihm befürworteten Schmiede, die über das geringste Vergehen jedes Arbeiters, namentlich wenn derselbe als Sozi bekannt, wochenlange Heulartikel in die auswärtige Presse schmieren, in diesem Falle aber schwergewichtig sind wie das Grab.

**Stuttgart, 2. Mai.** Infolge der diesjährigen Hagel- und Überschwemmungsschäden ist eine Notstandsvorlage eingereicht worden. Es werden 600000 Mark verlangt, die zur Hälfte vom Staat, zur Hälfte von den Korporationen zu tragen sind.

### Oesterreich-Ungarn.

In Budapest ist am 2. Mai die Millenniumsausstellung mit allem Pomp eröffnet worden.

### Frankreich.

Die Gemeindewahlen, ein Erfolg der Demokratie.

Paris, 4. Mai. Gestern haben in 36144 Gemeinden Frankreichs Neuwochen (siehe unseren Pariser Korrespondenten in Nr. 99) stattgefunden. Insgesamt waren 431217 Gemeinde-

ratsmitglieder zu wählen. Die bis jetzt bekannten Ergebnisse beweisen, daß das radikale Element durch die antideutsche Haltung der Regierung an Ausdehnung gewonnen hat. — Sieht du wohl, mein liebes Bieschen, sieht du wohl, das kommt davon.

Wolfs offizielles Telegraphen-Bureau meldet aus Paris vom 3. Mai: Die Beteiligung bei den Gemeinderatswahlen hier selbst war allgemein beträchtlich. Die Zahl derjenigen Wähler, die den Wahlen fern geblieben sind, ist erheblich geringer, als bei den früheren Wahlen. Nach den nunmehr vollständig vorliegenden Ergebnissen der hiesigen Wahlen wurden in Paris 8 progressistische Republikaner, 11 Konservative, 20 Sozialisten und 15 Radikale gewählt; außerdem haben 26 Stichwahlen stattgefunden. Der neue Gemeinderat wird dem früheren vollkommen entsprechen.

Die Ergebnisse der Wahlen in den Departements werden erst heute bekannt werden. Nach den bis gestern abend 11 Uhr gemeldeten Ergebnissen siegten in Calais die Sozialisten über die gemäßigten Republikaner. In Marseille wurden die Sozialisten wieder gewählt. In Carmaux drang ebenfalls die Liste der Sozialisten durch; dagegen unterlagen in mehreren Gemeinden in der Umgebung von Carmaux die bisherigen sozialistischen Mitglieder der Gemeinderäte.

### Großbritannien.

**Der Feldzugplan im Sudan.** — Tom Manns ruhmvolle Niederlage in Aberdeen.

**London, 2. Mai.** Gestern trat im Geheimratsamt das Kabinettkomitee, dem die Landesverteidigung zugewiesen ist, unter dem Vorsitz des Herzogs von Devonshire zusammen, um den Feldzugplan für die Eroberung des Sudans festzustellen. Außer dem Kriegsminister Lord Lansdowne, dem Marineminister Goschen und dem Schatzkanzler Sir Hicks-Beach war noch Lord Wolseley, der Höchstkommandierende, zugezogen, der deshalb die Inspektion des für die Kapkolonie bestimmten Corps berittener Infanterie auf gestern verschob. Der im Herbst zur Ausführung kommende Plan soll vorerst die Herstellung einer wissenschaftlichen Grenze bezeichnen, die es dem Khalifa und seinen Verbündeten auf immer unmöglich macht, Ägypten zu bedrohen. Diese „wissenschaftliche Grenze“ — der Ausdruck stammt vom Earl of Beaconsfield und fand zuerst seine Anwendung auf die Grenze zwischen Indien und Afghanistan — macht die Eroberung von Berber und Dongola und die Besetzung von Kassala notwendig. Deshalb wird den Italienern zugemutet, diese leichte Stadt bis zum Herbst zu halten. Als Oberbefehlshaber wird entweder Sir Redvers Buller, ein bekannter Haudegen, oder der frühere Sir Archibald Gwynne, General Grenfell bezeichnet. Daß der Khalifa sich der Besetzung von Dongola mit großer Machtentfaltung und Entschlossenheit widersetzen wird, erwartet man allgemein. Es wird daher im Herbst eine große britische Streitmacht nach Alasch vorgeschoben. Berber läßt sich von Suakin oder von Kassala aus angreifen; gelingt es den Italienern, sich in Kassala zu halten, so wird der Angriff von dieser Stadt aus erfolgen, da von hier der Marsch auf Berber weniger Zeit in Anspruch nimmt als von Suakin aus. Sind Dongola und Berber erobert und Kassala gut garnisoniert, so ist die Wiedereinnahme von Khartum und Omdurman nur noch eine Frage der Zeit, so meinen in ziemlicher Übereinstimmung mit Lord Salisburys Rede die aus amtlichen Quellen schöpfenden Blätter. Der Bau einer Eisenbahn von Suakin nach Berber — eine solche wurde vor Jahren angefangen — gehört mit ins Programm, das die Eroberung des Sudans nicht für Ägypten, sondern für England beabsichtigt. Ist England einmal Herrin des Sudans, mit britischen Garnisonen in Berber, Dongola und südlich dieser Stadt, so kann es ruhig der von Frankreich und Russland zu erwartenden Aufforderung, das Nilland zu räumen, entgegenstehen; denn im Besitz des oberen Nils braucht England gar keine Truppen mehr in Kairo, um sich die Kontrolle über das untere Nilgebiet zu sichern. Und von Khartum aus läßt sich die Verbindung mit Uganda leicht herstellen, wo die britischen Interessen bereits vertreten sind.

Die bürgerliche Daily News, das bekannte liberale Blatt, ist verbüllt darüber, daß in Nord-Aberdeen (Schottland) der liberale Abgeordnete Kapitän Pirie nur mit einer Mehrheit von 481 Stimmen ins Unterhaus gewählt wurde über seinen von der Arbeiterpartei aufgestellten Kandidaten Tom Mann, der 2479 Stimmen auf sich vereinigte, da doch Dr. Hunter, der aus Gesundheitsrücksichten das Mandat niederlegen mußte, im Vorjahr mit einer Mehrheit von 8548 Stimmen über den Arbeiter Mahon siegte. Das liberale Blatt geht noch weiter, und sagt, daß Tom Mann den Sitz erobert hätte, wenn er Schottländer und Pirie Engländer gewesen wären. Damit geht das Organ der liberalen Partei zu, daß der Vertreter der sozialistischen Arbeiterpartei ins Unterhaus gehört; warum bieten aber die Drahtzieher des Liberalen Caucus nicht die Hand dazu? Aberdeen ist ein Mene Telal für sie, wie Bristol vor einem Jahr.

Bei der am 2. Mai wieder aufgenommenen Verhandlung in Sachen der Auslieferung von Cornelius Herz, dem Panama-Mann, erklärte der Richter nach Beendigung der beiderseitigen Plaidoyers, er könne die Auslieferung von Herz nicht bewilligen. Das Ansuchen der französischen Regierung ist somit abgewiesen.

Der konservative Standard glaubt, wenn Cecil Rhodes nicht im Stande sei, nachzuweisen, daß er mit den in Südafrika aus Licht gebrachten chiffrierten Telegrammen nicht in Verbindung steht, werde von der liberalen Seite des Parlaments seine Entlassung aus dem Geheimen Rat (privy council) gefordert werden.

### Nordamerika.

**Washington, 4. Mai.** Der nordamerikanische Senat hat ein Gesetz angenommen, betreffend die sofortige Errichtung von zwei Panzerschiffen und 18 Torpedobootten.

### Persien.

Der neue Shah.

Zum Nachfolger des erbolten Nasir ed-din ist sein Sohn Musaffer ed-din Mirza, der Bahadur, d. h. mutmaßlicher Thronfolger war, ausgerufen worden. Der „neue Herr“, der über 1645000 Gewichtskilometer und 9 Millionen Köpfe, darüber 2500000 Nomaden, absolutistisch gebietet, ist am 25. März 1853 geboren, also im reisenden Maunesalter.

Die Staatseinnahmen betrugen 1893—94 6842000 £ (1 £ = 40 Pf.) die Staatschuld belief sich auf 10 Mill. £.

### Afrika.

Jameon im Kaplandischen Parlament.

**Kapstadt, 1. Mai.** Das Parlament des Kaplandes ist mit einer Runde des Gouverneurs eröffnet worden, worin das Eindringen einer bewaffneten Macht in Transvaal als dem Volkerrecht widersprechend bezeichnet wird; das Ereignis werde tiefsinnig Folgen gehabt. Die Regierung des Kaplandes werde im Vertrauen auf die englische Regierung Schritte thun, um eine Wiederholung derartiger Vorgänge zu verhindern, durch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der englischen Kolonie und den benachbarten Staaten stark gefährdet würden. Die Erhebung im Matabelerland würde mit der größten Besorgnis betrachtet; er, der Gouverneur, hoffe, daß die Truppen, die sich auf dem Marsche zum Entsatz der belagerten Garnisonen befinden, zeitig genug eintreffen würden, um ernste Verluste an Leben und Eigentum zu verhindern.

Nach einer aus Brüssel übermittelten amtlichen Melbung aus Roma ist Lothaire, der Offizier im Königstaat, der wegen der von ihm angeordneten Hinrichtung des Elsenbeinhändlers Stokes vor Gericht gestellt war, freigesprochen worden. Ein unerhörtes Urteil!

### Soziale Rundschau.

Der zweite deutsche Gewerkschaftskongress, einberufen von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, tritt heute in Berlin zusammen. Ebenso wie der Halberstädter Kongress von 1892 wird er sich vornehmlich mit der Frage der Organisation der Gewerkschaften zu beschäftigen. Die Generalkommission, die mit bestimmten Vorschlägen an den Kongress herantritt, wünscht, daß man der Centralorganisation eine bessere einheitliche Operationsbasis schaffen möge. Über das Wie? dieser wichtigen Frage sind freilich die Meinungen sehr verschieden. Über durchdringungen von dem Gefühl, für das deutsche Proletariat zu wirken, werden die Teilnehmer an dem Kongress das Persönliche der Sache unterordnen und, das sind wie gewiß, nach bestem Wissen und Gewissen für das Wohl des Ganzen eintreten.

Wir wünschen diesem Arbeiterparlament zu seiner erproblichen Arbeit den besten Erfolg. Glück auf!

**Eilenburg.** Hier streiken die Tischler. Von 72 Arbeitern haben 43 die Forderungen der Gehilfen bereits bewilligt.

**Halle a. S., 3. Mai.** Das gesamte Personal der hiesigen Genossenschaftsdruckerei (Volksblatt für Halle) hat die Arbeit niedergelegt, weil den berechnenden Gehilfen der 1. Mai nicht bezahlt worden ist. Der Genossenschaftsvorstand hat sein Umt niedergelegt.

Die Tischler in Halle konnten den Generalstreik wieder aufheben, da die größten Geschäfte sämtliche Forderungen bewilligt haben.

Die Rottbauer Tischlarbeiter bitten die Arbeiter allerorts, ihrer nicht zu vergessen, denn mehrere Hundert Arbeiter und Arbeiterinnen sind noch arbeitslos.

**Hersfeld i. W., 29. April.** 64 Tischler der Fabrik von Kopka haben die Arbeit niedergelegt, weil der Fabrikant ihre Forderung nach Erhöhung des Gehalts, Verkürzung der langen Arbeitszeit sowie Abstellung einiger Unzuträglichkeiten in den Werkstätten ablehnte.

**Der Maurerstreit in Bielefeld ist durch Einigung beendet worden.**

In Harburg stehen noch immer 545 Arbeiter mit 880 Minuten im Ausstande. Die Besitzer der Geyserischen und Thörlschen Delfabriken verweigerten jegliche Verbesserung der vielen Missstände in Unternehmungen und maßregelten zwei Kommissionsmitglieder, die als Vertrauensleute der Arbeiter mit ihnen zu unterhandeln hatten. Alle Sendungen sind zu richten an H. Gutwirth, Adresse: Herrn Lamprecht, Karmapp 19, Harburg (Elbe).

**Stralsund.** Nur eine Woche hat der Streik der hiesigen Maurer und Zimmerer gewährt. Wie wir in Nr. 96 berichteten, hatten sie die Arbeit niedergelegt, nachdem ihnen ihre Forderung, Verlängerung der Mittagspause von einer auf anderthalb Stunden, abschlägig befohlen worden war. Schon in den nächsten Tagen knüpften die Zinnung mit der Streikkommission neue Verhandlungen an und verstand sich dazu, die 1½-stündige Mittagspause doch wenigstens bis zum 15. September zu bewilligen. Am 26. April tagte deshalb in der Herberge zu den drei Kronen eine stark besetzte öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer und beschloß mit starker Mehrheit, auf das Anerbieten der Meister einzugehen. Tags darauf wurde auf allen Baustellen die Arbeit wieder aufgenommen.

**Neichenbach u. d. Eule (Schlesien).** Wegen Nichtbewilligung einer 15-prozentigen Lohn erhöhung und eines Urlaubes für die Maifeier legten 1000 Arbeiter der mechanischen Webereien Wehl u. Rossau, Cohn Gebrüder die Arbeit nieder. Weitere Arbeitseinstellungen stehen bevor.

**Wieder eine Politisch-Erklärung.** Die Filiale Linden (bei Hannover) des deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist nun auch dem bekannten § 8 des preußischen Vereinsgesetzes zum Opfer gefallen.

**Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!**  
Seid unausgesetzt thätig für die Werbung  
neuer Abonnenten!

Hierzu zwei Beilagen.



# 1. Beilage zu Nr. 101 der Leipziger Volkszeitung, Montag 4. Mai 1896

## Reichstag.

81. Sitzung vom 1. Mai 1896. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, v. Berlepsch.  
Die zweite Beratung des Börsengesetzes wird fortgesetzt mit § 47, betr. den Terminhandel, und dem hierzu gestellten Antrage Fuchs-Schwarze, betr. das Verbot des Terminhandels.

Abg. Schoenlank (Soz.): Unsere Wähler müssen wissen, wie wir uns biora verhalten. Das Termingeschäft ist ein Werkzeug der Spekulation, die vermittelst einer Wahrnehmungsschädigung der zukünftigen Marktverhältnisse die Waarenzufuhr der Zeit nach so zweckmäßig wie möglich verhüllen will. Das Termingeschäft steht in erster Reihe natürlich auf die Produkte, die mit ihrer Erzeugung an natürliche Faktoren gebunden sind und mit ihrer Menge von unberechenbaren Naturfaktoren abhängen, also Rohstoffe, Nahrungsmittel u. dergl. Der Versteller einer Terminware will jede günstige Gelegenheit benutzen, um seine Ware abzuschieben. Der Käufer braucht gar nicht die Absicht zu haben, diese Ware abzunehmen, aber er hat das Interesse und die Aufgabe, die Ware an einen anderen Abnehmer zu liefern. Schließlich wird die Terminware nach den Märkten des Innern ausgetragen, wo der höhere Preis den stärkeren Bedarf angibt. Die Ware wird, wie einmal Lexis gesagt hat, von zahlreichen, rasch wechselnden Käufern so lange in der Schwebe gehalten, bis ihre Besitzer die beste Stelle für die Abnahme der Ware gefunden haben. Die effektiven Waarenvorräte werden, wenn die Termingeschäfte hoch sind, zurückgehalten; so sorgt die Spekulation indirekt dafür, daß an bestimmten Stellen Vorräte ausgekauft werden, wenn der zukünftige Bedarf es verlangt. Umgekehrt werden die Zufuhren von außen abgeschreckt, die heimischen Waarenbesitzer werden auf dem Markt gedrängt. Lexis sagt, die Termingeschäfte seien Warnungszeichen und Alarmsignals für die Gegenwart. Die Termingeschäfte für Getreide werden vom Herbst auf den Frühlingstermin gemacht nach dem Ernte-Ergebnis aller Länder oder im Frühling nach den Ernteschätzungen. Dadurch, daß eine ganze Reihe von Spekulationen nebeneinander operieren, sorgieren sich die verschiedenen Schätzungen und das Durchschnittsergebnis deckt sich mit den Vorauflösungen. Das Termingeschäft ist notwendig, weil dadurch die Waarenzufuhr zeitlich und geistig so verhüllt wird, daß an seinem Orte und zu seiner Zeit ein empfindlicher Überdruck oder ein schädlicher Mangel an Waaren herrscht; er verhindert dadurch schädliche Preisschwankungen. Es ist ein notwendiges Ergebnis der modernen kapitalistischen Produktion, weil der Handel eine bestimmte Qualität der Lieferung, einen bestimmten Erfüllungsort, bestimmte Vorschriften bezüglich der Prüfung und Abgabe der Waaren verlangt; der Terminhandel ist notwendig als eine Versicherung gegen das Risiko, gegen die künstlichen Preisschwankungen. Es ist eine notwendige Entwicklungsstufe der modernen Wirtschaft überhaupt, und das Getreide in der That zu einer wirklich vertretbaren, fungiblen Sache zu machen und die Organisation des Handels immer mehr nachzubilden der Organisation des Geld- und Kreditwesens. Es soll sowohl die unerhörte Preisschwankungen wie die zu großen Preisuntersetzungen verhindern und durch internationale Arbitrage die Kreise der Weltmarktpreise nivellieren. Daher ist der Terminhandel auch ein sozialer Vorteil. Die Gegner fordern das Verbot, weil sie eine Preissteigerung des notwendigsten Lebensmittels, des Brotes, wollen. (Sehr richtig! links.) Das Verbot des Terminhandels ist einfach eine Prämie auf den Brotmischer. (Sehr richtig! links.) Wir sind gegen dieses Verbot, gegen den Antrag Ranitz, gegen die Lebensmittelzölle, gegen die Doppelwährung, weil wir die Ausweitung der Massen nicht weiter wollen. Sie (rechts) wollen doch nur die Lebensmittelpreise in die Höhe schnellen, wir wollen billiges Brot für die Masse. Warum warnen die Agrarier, die so lebhaft für dieses Verbot eintreten, vor der tödlichen Ausdeutung der Differenz? Ja, wovon leben denn die Agrarier? Davon, daß sie von Staats wegen die Erlaubnis haben, die Differenz zwischen Getreidezöllen und Weltmarktpreis in ihre Tasche zu stecken. Das ist auch ein sehr reelles Differenzgeschäft. Die ganze Liebesgaben- und Indirektesteuropolitik ist nichts als ein Mittel, durch Steigerung der notwendigen Lebensmittelbedürfnisse die Herren Großgrundbesitzer zu bereichern. (Zuruf rechts: Schlagworte!) Das sind Schlagworte, die aber den Tatsachen entsprechen. Das Jungerthum ist stets der Schützenpionier der bürgerlichen Gesellschaft gewesen. Wir haben in diesem Kampfe hier nicht etwa eine besondere Vorliebe für die bürgerlichen Opponenten der Agrarier zu zeigen, auch dieser Kampf spielt sich zwischen zwei großen Interessengruppen ab, den Agrariern und dem mobilen Kapital.

Der Streit der bürgerlichen Gruppen um das Termingeschäft ist einfacher. Es geht um den Extraprofit, den die kapitalistische Waarenzirkulation auf dem Getreidemarkt bildet. (Sehr richtig! links.) Solche Versuche, unter der Firma, den kleinen Leuten, den Bauern, dem Mittelstand zu helfen, die Taschen der Großgrundbesitzer zu füllen, wird von uns mit Energie zurückgewiesen.

Die gefeierte Rede des Ministers v. Berlepsch macht, wenn man es versteht zwischen den Zeilen zu lesen, den Eindruck einer Kapitulation vor den Agrariern. (Sehr richtig! links.) Sie klingt so, als wenn er sagen wollte, machen Sie das Termingeschäft nicht durch das Gesetz tot, wir werden es schon auf dem Verwaltungsweg abmurschen. Das zeigt, wie bedenklich es ist, den Bundesrat zu sehr und zu reichlich mit diskretionären Vollmachten auszustatten. Heute ist vielleicht noch ein Ministerium am Stude, das gerade nicht sofort das Verbot des Termingeschäfts defektiert, aber in wenigen Tagen, wo der Lucanus die Minister so rasch antritt, in der Zeit der Flügeladjutantenpolitik, wissen wir ja gar nicht, ob die Minister nicht schon morgen ihre Entlassung haben. Da kann leicht ein Ministerium mit einem Federstrich ausführen, was die Herren (rechts) wünschen.

Auch die bürgerlichen Parteien haben eine eigene Schwankung gemacht. Die nationalliberale Partei, die man sonst für die Vertreterin des mobilen Großkapitals hält, hat in ihren Reihen eine sehr starke agrarische Bewegung. (Sehr richtig! rechts.) Man sieht, wie die leichte Cavalierie des Herrn v. Bläß die Nationalliberalen an ihre Rosszweige gebunden hat und hinter sich herschleift (Große auftauchende Heiterkeit); auf Gnade und Ungnade ergeben dem Bunde der Landwirthe; sie sind nichts als die Null des Bundes der Landwirthe. (Heiterkeit.) Auch im Zentrum haben wir einige Wandlungen gesehen. Vielleicht ist es von Einfluß gewesen, daß in Schlesien ein Notschrei der katholischen Agrarier erschollen ist, ebenso wie die Agitation der katholischen Agrarier im Rheinland unter Führung des Herrn v. Bos. Prof. Conrad weiß auf Grund sorgfältiger statistischer Untersuchungen und unter Belebung von graphischen Darstellungen, die von schlagender Gewaltkraft sind, darauf hin, daß die Feststellung des Getreidepreises eine rein internationale Tätigkeit ist, und nicht etwa von ein paar Berliner oder deutschen Spekulantin abhängt.

In dem Augenblick, wo Sie den Terminhandel befürchten, nehmen Sie das Sicherheitsventil fort und führen gerade den

Bundestag herbei, den Sie nicht wünschen, ein vollkommen abnormes Auf- und Abschwanken. Sie werden dann nicht mehr viele kleine Schwankungen, sondern wenige und kolossal große Schwankungen haben, dann werden wir das haben, was wir jetzt auf die Dauer niemals haben können: die großen Horners, die großen Getreideschwänze, die Monopolvereinigungen von einigen großen Händlern, die den Preis nach Belieben distillieren. Wenn das Termingeschäft verboten wird, so wird der Handel sich anderweitig helfen. Gehen Sie doch nach Amerika! (Heiterkeit rechts.) Trotzdem dort die Trusts verboten sind, haben die Yankees Mittel und Wege gefunden, die Gesetze zu umgehen. Sie arbeiten mit solchen Maßregeln nur für uns! Wir wollen dem Jungerthum nicht helfen durch feudale rückständige Einrichtungen. (Lachen rechts.) Für uns kommt das Interesse der Arbeiterschaft und der Konsumenten allein in Betracht. (Beifall links.)

Abg. Bachem (B.): Wir wollen rückständige Einrichtungen nicht konservieren, sondern beseitigen. Die Landwirtschaft verlangt mit grossem Nachdruck die Beseitigung des Terminhandels. Der Terminhandel ermächtigt die Preise, wenn sie ohnehin niedrig sind, und erhöht sie spekulativ, wenn sie ohnehin hoch sind. Wir haben den Mut, für den Antrag unserer Freunde Fuchs und Schwarze einzutreten. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Rosse: Ich glaube, daß die Freunde des Antrages zu sehr ausgehen von den Auswüchsen des Terminhandels, zu sehr übersehen, was berechtigt an ihm ist, und übersehen, daß die Vorlage gerade dazu bestimmt ist, den Auswüchsen entgegenzutreten. Ich bin in der Lage, vom agrarischen Standpunkt aus die Vorlage zu vertreten.

Weine Herren, ich erkläre mir die Bewegung gegen das Termingeschäft so: die Preise sind schlecht; ein Kartellspekulant ist in flagranti ergrapt, denn es gelungen ist, die Preise zu drücken — also droht das Termingeschäft die Preise, also ist die Notlage der Landwirtschaft verschuldet durch das Termingeschäft. Wenn der Schluss in seiner Allgemeinheit wirklich richtig wäre — wie erklärt es sich dann, daß das Getreide im Verhältnis zu früheren Perioden doch immer noch nicht so tief gesunken ist wie andere Waaren, die nicht im Termin gehandelt werden, z. B. Fleisch, Tabak, Wolle, verschiedene Metalle? und wie erklärt es sich, daß in terminreinen Ländern die Lage der Landwirtschaft nicht besser ist als bei uns? Well die Konjunktur sich in absteigender Linie befindet, geht die Börse in die Baisse, und nicht gehen die Preise herunter, weil die Börse in Baisse geht; die Börse würde natürlich sofort wieder hinaus gehen, wenn sie einen Gewinn dabei sände.

Meine Herren, die Vorlage schlägt eine Reihe von einschneidenden Maßregeln vor, um die allseitig belasteten und zu gegebene Mißstände im Terminhandel zu beseitigen. Ihre Kommission hat diese Bestimmungen bedeutend verschärft. Ich glaube, es wäre geraten, es zunächst damit zu verüben; hilft es doch nicht, dann bleibt der Bundesrat immer noch übrig, und über der Börse wird das Damoklesschwert des § 46 schwingen.

Abg. Graf Stauff (L.): Seit Jahr und Tag hat der Reichstag vor keiner so wichtigen Frage gestanden. Ich bin mit den Ernstes der Sache wohl bewußt. Es handelt sich nicht bloß um kommerzielle Fragen, sondern auch um die Volksernährung. Herr Schoenlank sprach von der Vertheuerung des Brotes auf Kosten der großen Massen. Die Massen der ländlichen Bevölkerung sind dabei auch beteiligt. Die Verbilligung des Getreides kommt nicht den Konsumenten zu gute, die Vorteile bleiben an anderen Stellen hängen.

Herr Horowitz sagte aus: Ich bin in meiner Jugend in der Lage gewesen, den Kriegsstäben der Wilden beizuhören; aber so etwas, wie in dem Rüstungszimmer der Berliner Börse habe ich niemals gehört. (Große Heiterkeit.) Zu den Nachteilen des Terminhandels kommt die Verleitung des Publikums und ganz unbehelligten Personen zu diesem Geschäft; Herr Barth kennt wahrscheinlich die zahlreichen Geschäfte: die Nach-Geschäfte, die Zweimal-Nach-Geschäfte und die Stellagen. In diesen Geschäften Unbehelligter liegt kein wirtschaftlicher Nutzen. Ein Sachverständiger sagte: Die Spielbank hat man geschlossen, aber den Terminhandel zugelassen; den hätte man lieber verbieten sollen; denn an der Spielbank bekommt man nach Verlust des Geldes wenigstens noch Neugeld. Alle Interessenten haben kein wirtschaftliches Interesse an dem Fortbestande des Terminhandels. Wir haben nur Vorteile und Nachteile gegen einander abzuwählen. Bereits bei der ersten Lesung habe ich erklärt, eine beträchtliche Preissteigerung infolge der Aufhebung des Terminhandels werde nicht eintreten, weil sonst die Arbitrage sofort entgegenarbeiten würde.

Abg. v. Bemmig (Nassl): Eine große Mehrheit für das Verbot des Terminhandels ist vorhanden. Für meine Freunde kann ich nur erklären, daß wir uns in einig entschlossen haben, für das Verbot des Terminhandels zu stimmen. Herr Schoenlank sprach von einem Kornwucher, von einer Vertheuerung des Brotes der arbeitenden Klassen. Man sollte danach glauben, daß in diesem Augenblick die Lage der arbeitenden Klassen eine schlechte wäre; so liegt die Sache aber nicht. Ich für meine Person würde gern wünschen, daß die Arbeitslöhne noch höher ständen, wie sie jetzt stehen, aber im ganzen sind die Löhne der Arbeiter in den letzten Jahren nicht herunter, sondern in die Höhe gegangen. Zweifellos glauben die Landwirthe, nicht bloß diejenigen, die zu dem Antrag Ranitz stehen, daß der Börsen-Terminhandel nachteilige Folgen für die Landwirtschaft hat. Diese Kreise werden ihre eigenen Verhältnisse beurteilen können, und wenn sie die Gefahren, welche mit dem Verbot des Terminhandels etwa verknüpft sein könnten, auf sich nehmen wollen, und trotzdem größere Vorteile erwarten, so wird man ihnen zunächst glauben müssen, daß sie im ganzen in der Lage sind, die Verhältnisse richtig zu beurteilen. Der größte Theil der Getreide-Termingeschäfte in Berlin sind reine Spielgeschäfte. Ein Schlusshang wird angenommen.

Abg. v. Bläß (zur Geschäftsordnung): Ich hatte mich heute zuerst zum Wort gemeldet, um Herrn Singer zu antworten. Ich bin durch den Schlus leider daran verhindert und behalte mir meine Antwort für später vor.

Abg. Graf Axim (Mp.): Meine Freunde werden für den Antrag stimmen.

Abg. Singer (Soz.): Wir stimmen einstimmig gegen den Antrag. Ich bedauere, daß Herr v. Bläß mir nicht antworten kann. Ich hätte sonst auf seine Antwort ebenfalls eine Antwort, und behalte mir diese meine Antwort ebenfalls vor. (Heiterkeit.)

Abg. Graf v. Berstorff-Welzen (Welze): Wir treten für den Antrag ein.

Abg. v. Bläß (L.): Als ich meine Bemerkung machte, wurde mir zugegriffen, ich hätte selbst für den Schlus gestimmt. Das ist unwahr, ich verbiete mir dergleichen. (Aus links: Ihre Freunde haben das gestimmt.)

Der Antrag Fuchs-Schwarze, d. h. das Verbot des Terminhandels, wird mit 200 gegen 89 Stimmen angenommen. Da gegen stimmen nur die Sozialdemokraten, die deutsche und die freisinnige Volkspartei und die freisinnige Vereinigung. Die Bekündigung des Ergebnisses der Abstimmung wird von den Antisemiten mit Handklatschen begrüßt.

Die Bestimmungen über das Börsenregister (§§ 51—65), über

den Einwand des Differenzspiels (§ 66), über das Kommissionsgeschäft (§§ 67—71) werden ohne jegliche Debatte angenommen.

Unter die Strafbestimmungen hat die Kommission einen § 72a neu aufgenommen, welcher lautet: Wer für Mitteilungen in der Presse, durch welche auf den Börsenpreis eingewirkt werden soll, Vorteile gewährt oder verspricht oder sich gewährt oder versprechen läßt, welche in auffälligen Weise verhältniß zu der Veröffentlichung stehen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und zugleich mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der sich für die Unterlassung von Mitteilungen der bezeichneten Art Vorteile gewährt oder versprechen läßt. Der Versuch ist strafbar. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann ausschließlich auf die Geldstrafe erkannt werden.

Abg. Venzenmann beantragt, die Vorschriften nur auf „beträgerische, auf Täuschungen berechnete“ Mitteilungen anzuwenden und im Absatz 2 vor „Vorteile“ einzuschließen das Wort „unverhältnismäßige“.

Nach kurzer Debatte wird § 72a unverändert angenommen, ebenso ohne Debatte der Rest des Gesetzes und folgende, von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen:

1. Den Herrn Reichstagsanzler zu ersuchen, mit denselben Staaten, in denen ein börsenmäßiger Terminhandel in Gangzuz und anderen Fabrikabstalten der Textilindustrie besteht, wegen Unterlassung dieses Handels in Verhandlungen zu treten und über das Ergebnis derselben dem Reichstag Mitteilung zu machen.

2. Den Herrn Reichstagsanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß in den statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich alljährlich Mitteilungen über die an den einzelnen deutschen Börsen zur Einführung gelangten Wertpapiere mit Bezeichnung der Einführungsfirma, des Einführungskurses sowie des Wertes und der Art dieser Wertpapiere zur Veröffentlichung gelangen.

Schlus 5½ Uhr.

82. Sitzung vom 2. Mai 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Graf Posadowsky.

Das Mandat des Abg. v. Holleußer ist durch Ernennung desselben zum vortragenden Rath im Ministerium des Innern erledigt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abg. Meyer-Danzig (Mp.) und Genossen:

„Beabsichtigen die verbündeten Regierungen demnächst mit Konvertierung der 4 und 8½ prozentigen Reichsanleihen in 3 prozentige vorzugehen?“

Der Staatssekretär im Reichsschahamt Graf Posadowsky erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Meyer-Danzig (Mp.): Der Kurs der 8 prozentigen Konso ist gesunken, der Binsfus ist niedriger geworden, die Frucht ist gereilt, aber sie ist nicht geplündert. Im April 1895 standen die 4 prozentigen Konso 108, die 8½ prozentigen 105, die dreiprozentigen 98,7. Am 8. Oktober standen sie 104, 103,9 und 100,1. Die Handelspreise der westpreußischen Landschaft wurden im August 1895 auf 8 p. ct. konvertiert und standen im Oktober 1895 über 97. Die Stabilisierung des Binsfuses auf 8 p. ct. ist eine Thatsache und damit ist die Voraussetzung vorhanden für die Konvertierung, welche notwendig ist im Interesse der Steuerzahler und der produzierenden Stände. Ausführbar ist die Konvertierung ohne Zuhilfenahme der Börse. Die Regierung brauchte den Inhabern der 8½ prozentigen Papiere nur anzubieten, daß sie noch 5 Jahre im Genüsse dieser Rente bleiben sollen, wenn sie sich freiwillig zur Konvertierung entschließen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich bedanke, eine so klare und unumwundene Antwort, wie die Frage gestellt ist, nicht geben zu können. Die Einzelstaaten haben ein viel größeres finanzielles Interesse an der Konvertierung als das Reich. Wenn ich die Frage bejahen wollte, müßte ein einstimmiger Beschuß der verbündeten Regierungen vorliegen. Es kann bei der Stellung, die der Staat gegenüber seinen Gläubigern hat, und die doch eine wesentlich andere ist als die eines Privatgeschäfts gegenüber einem Privatgläubiger, nicht seine Aufgabe sein, jede Gelegenheit beim Schopfe zu fassen, um einzugreifen. Bietet ein Staat seinen Gläubigern niedrigere Rendite an, dann darf er nicht auf eine so kurze Konvertierung zurückblicken, sondern man muß sich fragen: Zu welchen durchschnittlichen Binsfus hat der Staat seine Anleihen bisher tatsächlich verzinst? Hier ergibt sich, daß die 8½ prozentigen Reichsanleihen 1894/95 von der Reichsfinanzverwaltung durchschnittlich zu 102½ realisiert worden sind, und daß daher die Vergütung 1894/95 sich auf fast 8½ p. ct. gestellt hat. Die 8 prozentigen Reichsanleihen aber ist 1894/95 zu etwas über 87½ realisiert worden und erst 1895/96 ist es gelungen, die 8 prozentigen mit 99½ zu realisieren (Hört! hört!), und erst in diesem Jahre war eine Realisierung mit rund 8 p. ct. möglich. Daraus folgt, daß in der That erst ein Jahr verflossen ist, seitdem das Reich wirklich 8 prozentiges Geld aufnehmen konnte. Ob dieser Zeitraum genügt für einen Staat, um sofort eine Konversion vorzunehmen, erscheint mir außerordentlich zweifelhaft. Der Vorsitzende hat es so dargestellt, als ob der Staat, nachdem die Einzelstaaten konvertiert haben, die moralische Verpflichtung hätte, auch zu konvertieren. Reich und Staat haben aber ihre eigenen Interessen. Ich habe im Namen des Reichstags die positive Erklärung abgegeben, daß er unter keinen Umständen mit einer Konvertierungsvorlage an den Bundesrat herantrete wird ohne vollkommene Übereinstimmung in betreff eines gleichzeitigen Vorgehens in den hauptfächlichen Einzelstaaten und kann aus diesem Gesichtspunkt heraus auch sicher erklären, daß eine entsprechende Vorlage in dieser Session nicht eingebracht werden wird.

Auf Antrag des Abg. Mintelen (S.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Mintelen berichtet, daß eine Übereinstimmung des Reichstages für die Konvertierung vorhanden sei. Von einem allgemeinen wirtschaftlichen Notstande könne jetzt nicht mehr die Rede sein, ebensoviel davon, daß der Binsfus sich schon auf 8 p. ct. stabilisiert habe. Es kommt nicht auf die Interessen einzelner Kreise an, sondern auf die Interessen des Ganzen; es würde die Erhöhung des Binsfuses nur ein Brocken sein, der der Landwirtschaft vorgeworfen wird. Denn es wird die Verschuldungsgrenze hinaufgehen, bis die Binsfuslast dieselbe sein würde wie früher. (Widerspruch rechts.) Die Erfahrung an Binsen würde fünf Millionen Mark betragen; aber die Herren wollen die Zulernerlöse haben, die machen vielmehr aus, und Sie (rechts) nehmen keinen Ansatz, diese Belastung dem Volke aufzuerlegen. Preußens Schulden sind hauptsächlich Eisenbahnschulden, und die Eisenbahnen verzinsen sich mit 7 p. ct., das heißt der preußische Staat erhält mehr Binsen als er bezahlt; er braucht die Steuerzahler nicht in Anspruch zu nehmen. Er hat die Eisenbahnen ihren früheren Besitzern abgetauscht, und es ist moralisch nicht berichtig, daß er nun nachträglich den von ihm gezahlten Preis durch Erhöhung der Rente herunterdrückt. (Widerspruch rechts und bei den Sozialdemokraten.) Das Kapital sucht höhere vergünstigte Anlagen, das zeigt die Ueberzeichnung der chinesischen Anleihe. Die 5 p. ct. Binsen

haben dazu angeregt, daß zeigt, daß das Bedürfnis eher eine Erhöhung als eine Verminderung des Zinsfußes verlangt. Die Landwirthe betreiben die Entwertung des Kapitals; damit arbeiten sie aber den Sozialisten in die Hände. Kleine Kapitalansammlungen sind in allen Städten vorhanden, bis auf den Proletarier, welcher keinen Pfennig besitzt. Alle diese Kreise haben an den Zinsen ein großes Interesse; dazu gehören besonders auch die Stiftungen, welche für die Erwerbslosen und Armen sorgen. Die Notlage dieser Armen würde gesteigert werden, wenn die milden Stiftungen ihnen die Hilfe teilweise versagen müssten. Weil die Konvertierung von größtem sozialen Interesse ist für die wirtschaftlich Schwachen, so kann nur mit der größten Vorsicht vorgegangen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Leo Stolberg (L.): Ich spreche nicht im Namen aller meiner Freunde. Die Konvertierung hat eine finanzielle Seite, aber diese ist für mich nicht die Hauptache, und eine wirtschaftliche Seite, und da kommt die Notlage der Landwirtschaft in erster Linie in Betracht. Da die großen Mittel nicht zu haben sind, so muß ein kombiniertes System kleiner Mittel angewendet werden; mit einem solchen Mittel haben wir uns gestern beschäftigt und werden uns in den nächsten Wochen noch weiter beschäftigen. Zu der Verbilligung der Produktionskosten gehört die Verbilligung des Zinses, die Landwirthe sind, da der Staat nicht verringt, ihrerseits mit der Konvertierung vorgegangen, zuerst mit gutem Erfolg, aber bald geriet die Konvertierung ins Stocken. Man wartet auf das Vorgehen von Reich und Staat, damit die Landwirthe weiter konvertieren können. Für Ostpreußen allein handelt es sich um eine Summe von 298 Millionen Mark 8½ prozentiger Pfandbriefe, also eine Zinsersparnis von 1½ Millionen Mark, woran der kleine Grundbesitz zu 1% befreit ist. Das ist nicht ein bloßer Brocken, der der Landwirtschaft hingeworfen wird; es handelt sich schließlich um ein großes Mittel für den Osten. Das Parlament übernimmt eine Verantwortung, wenn es solche Fragen aufragt. Über was bleibt und übrig, da das Reich und Preußen nicht vorgehen wollen, als diese Frage in mahnender Erinnerung zu bringen? (Beifall rechts.)

Abg. Friedberg (natt.): Wir fürchten, daß die Konvertierung Verschiebungen hervorbringen wird, daß namentlich die Mittelklasse, die wir in ihren Einkommensverhältnissen erhalten wollen, davon betroffen werden. Aber eine Konvertierung müssen wir doch ins Auge lassen, wenn der Zinsfuß sich dauernd auf einem niedrigen Niveau hält, oder wenn die Regierung hohe Anforderungen an die Steuerzahler stellt. Seit einem Jahre ist der Zinsfuß dauernd ein niedriger gewesen.

Abg. Bebel (Soz.): Sozialistische Ideen kommen hier gar nicht in Frage, sondern es handelt sich nur um die Frage, ob die Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus eine Ermäßigung des Zinsfußes nothwendig macht. Für die Nothwendigkeit der Ermäßigung des Zinsfußes ist schon seit Jahren der frühere Reichsfanglernants-Präsident Delbrück, der schon längst die Frage im Sinne der Interpellanten gelöst hätte, denn es handelt sich nur um eine Frage des guten Willens. Es sind nur gewisse maßgebende Persönlichkeiten und Institute, die sich, weil sie geschädigt werden würden, der Maßregel widersetzen. Es handelt sich um 8 Millionen Mark Ersparnisse für die Steuerzahler im Reich und um 26 Millionen in Preußen; diese Gelder können sehr gut gebraucht werden zur Verbesserung der Lage der Schullehrer und der Richter. Die andern Staaten sind dem Deutschen Reich vorangegangen und es ist eine Pflicht gegenüber den Steuerzahldern, zu folgen. Das Kapital konzentriert sich immer mehr und zwar in den Händen der Reichen, die also von den hohen Zinsen den meisten Vortheil haben. Das Sinken des Zinsfußes ist eine Folge der großen Ansammlung von Reservestoffen für die Invaliden- und Krankenversicherung und des Erlasses des Verkehrs in baarem Gelde durch den Giro- und Checkeverkehr. Sachliche Gründe gegen die Konvertierung liegen nicht vor, sondern nur der Einfluß einiger reicher und einflussreicher Leute und einiger Institute. Über maßgebend ist in erster Linie das Interesse der Steuerzahler und deshalb treten wir für die Konvertierung ein.

Abg. Barth (fr. Vdg.): Der Zustand des billigeren Zinsfußes ist nunmehr eine Thatsache und man kann es den Steuerzahldern nicht länger mehr zumuthen, die Lasten des höheren Zinsfußes zu tragen, den Gläubigern des Staates eine Bleibesgabe zu gewähren. Die Steuerzahler in ihrer Gesamtheit sind weniger leistungsfähig als die Gläubiger des Deutschen Reiches. Nur ein Bedenken besteht bezüglich der Konvertierung: Was geschieht mit den experten Summen? Wenn sie verwendet werden sollen zu allerlei agrarischen Zwecken, dann überlasse ich das Geld Weber

den Gläubigern. Wenn sie zur Erleichterung der Steuerzahler verwendet werden sollen, dann bin ich für die Konvertierung. Ich möchte deshalb den verbündeten Regierungen, wenn sie mit einer Vorlage kommen, schon heute den Rath geben, zugleich mit derselben über die Verwendung der Summen eine Ausklärung zu geben; denn das wird das entscheidende sein.

Abg. Kamp (Mp.): Eine Entscheidung kann heute nicht getroffen werden, aber die Gründe können doch abgewogen werden gegen einander, und die Gründe sprechen für die Konvertierung. Wenn die Konvertierung beabsichtigt wird, dann müssen die kleinen Anleihen emittiert werden. Die kleinsten Kapitalisten haben ihre Anlagen nicht in Staatspapieren, sondern bei der Sparkasse, wo sie überhaupt nur 3 p.Ct. haben. Wie kann man den Großkapitalisten einen höheren Prozentsatz bewilligen? Durch die Konvertierung wird die Verlässlichkeit der Landgüter gesteigert. Gerade heute, wo hunderte und tausende von Landgütern zum Verkauf stehen, müßte man den Zinsfuß des mobilen Kapitals herabdrücken.

Staatssekretär Graf Posadowitsch: Der Abgeordnete Bebel hat gesagt, man müsse glauben, daß es doch richtig wäre, was allgemein erzählt wurde, daß deutsche Fürstenhäuser ihre großen Vermögen in 4prozentigen Papieren angelegt hätten und daß dieser Umstand maßgebend wäre für die Entscheidung der Reichsregierung. Ich bedauere aufrichtig, daß der Abg. Bebel in den bisherigen sachlichen Ton der Debatte ein solches Motiv hineingebracht hat. Ich kann ihm versichern, daß von keiner Seite auf die maßgebenden Instanzen auch nur der Schein einer Bedeutung in dieser Richtung hingewirkt hat, und ich bestreite ihm, daß irgend ein deutscher Fürst oder die Verwaltung eines deutschen Fürstenthäuses versuchen würde, in dieser Beziehung auf eigenen Interessen auf eine derartige wichtige Entscheidung einer Instanz einzutreten. Damit halte ich die Sache ein für alle Mal für absehbar. Den Einwand, daß bei einer Konvertierung unser Geld nicht ins Ausland gehen würde, kann ich als falsch nicht anerkennen. Die Frage der Verwendung der Ersparnisse hat mir noch nicht die geringsten Kopfschmerzen gemacht. Wenn es dazu läme, würden wir sehr leicht eine Verwendung haben.

Abg. Gräfe (Reform-P.): Von der Konvertierung würde der Grundbesitz einen Vortheil haben, aber die schwere Notlage in Stadt und Land kann uns nicht zur Konvertierung veranlassen, weil der kleine Bauer auch fernher noch 4 p.Ct. für seine Hypotheken zahl zahlen müsste. Die kleinen Kapitalisten würden geschädigt und das deutsche Geld würde ins Ausland gehen. Nach der Konvertierung würden die Sparkassen auch nicht mehr 3 p.Ct. geben können und dadurch würden die kleinste Leute Schaden haben. Wir werden daher einer Konvertierung niemals zustimmen.

Abg. Schäbler (B.) erklärt, daß Abg. Mintelen nicht im Namen der Partei gesprochen habe; er und ein Theil seiner Landsleute sind nicht mit ihm einverstanden, sie halten unter der Bedingung eines vorsichtigen Vorgehens eine Konvertierung für nothwendig. Gegenüber den Stiftungen und den Wittwen, die geschädigt werden, vergeße ich nicht die armen Steuerzahler, deren Zahl größer ist. Über die Verwendung der Mittel werden wir uns verständigen, ohne daß neue Bataillone errichtet werden.

Abg. v. Langen (L) spricht im Namen der Konservativen, welche im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Konvertierung nicht für richtig halten.

Abg. Galler (född. Mp.) erklärt, daß seine Freunde der Konvertierung sympathisch gegenüberstehen.

Abg. Pauli (Mp.) erklärt namens eines Theiles seiner Freunde, daß dies auf dem Standpunkt des Abg. v. Langen stehen; die Mehrheit der Fraktion wünsche die Regierung freie Hand zu lassen.

Nachdem Abg. Meier-Danzig den Einwendungen gegen seine Ausführungen widersprochen hatte, wurde die Besprechung geschlossen.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Interpellation, betreffend die Verhaftung des Abg. Rueb; zweite Verhandlung des Margarinegesetzes.)

hande des Gesetzes, und der Beamte hat sich gemein benommen bekleidigt haben. Der Angeklagte bestritt, die Neuerungen in diesem Sinne gehabt zu haben, und wies darauf hin, daß diese Worte aus dem Zusammenhang gerissen seien und daß er nach Lage der Sache gar keine Bekleidung habe ausführen können. Für die Handlungsweise des Gendarmen Borch, welche er in mildester Form kritisiert habe, trete er durch Zeugen den Wahrheitsbeweis an. Er beantragte Verlängerung und Ladung der von ihm in der amtlichen Vernehmung vorgebrachten Zeugen. Der Staatsanwalt hielt in seiner Rede eine Verhöhnung des Gendarmen Borch für vorliegend und beantragte, daß die inklusive Neuerung in einer sozialdemokratischen der Umsturzpartei dienenden Veranlassung geschehen sei, eine Geldstrafe von 100 M. Der Gerichtshof glaubte in dem Worte "Vickelhause" dennoch eine Bekleidung zu finden und auf 50 M. Geldstrafe und Publicationsbefreiung ersennen zu müssen.

**Das moderne Bekleidungs-Strafverfahren.** Schwere Beschuldigungen, welche der frühere Intendantur-Assistent Karl Bock gegen seine vormaligen Vorgesetzten erhoben hatte, haben ihm eine Anklage wegen Bekleidung zugezogen, welche gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin gegen ihn verhandelt wurde. Der Angeklagte wurde nach Beendigung des letzten Feldzuges als Sergeant aus dem Heere entlassen und aufgrund seines Militär-Verpflegungscheins bei der 4. Abteilung des Intendantur des 1. Armeekorps in Königsberg als Assistent angestellt. Ende 1892 nahm er seinen Abschied. Er scheint von der Annahme durchdrungen zu sein, daß seine Vorgesetzten ihm dabei gefehlt waren und seiner Verbesserung Hindernisse in den Weg gelegt haben, weil er sich bemüht hatte, einige Missstände und Unregelmäßigkeiten, die ihm in der Verwaltung aufgefallen seien, aufzudecken. Bald nach seinem Ausscheiden aus dem Dienste hat der Angeklagte an den damaligen Kriegsminister v. Rastenborn und an das Generalkommando des 1. Armeekorps ein Schreiben gerichtet, worin er auf die angeblichen Missstände hinweist. Er behauptete, daß eine Revision der Kohlenbestände der Garnison-Verwaltung zu Königsberg einen Fehlbetrag ergeben würde, der darauf aufzuholen sei, daß eines der Vorstandsmitglieder, der Geheimen Kriegsrath Merckle von den militärischen Kohlen zu seinem Privatbedarf entnahm. Derselbe betreibe ferner Durchsuchereien mit seinem Untergebenen und Freunden, dem Intendantur-Registrator Lüdtke, welcher ihm aus der ihm anvertrauten Kasse Vorschüsse geben müsse. Bei der vierten Abtheilung werde der Dienst in höchst lässiger Weise gehandhabt, in den Fächern, welche Alten enthalten sollten, würden Spiritusverboten verborgen, die Beamten säßen während der Dienstzeit oft stundenlang in einer benachbarten Kneipe und spielen Stat u. s. v. Der Verfasser stellte am Schlusse seiner Anzeigen anheim, ihn wegen Beamtenbekleidung zur Verantwortung zu ziehen, damit er Gelegenheit finde, seine Behauptungen zu beweisen. Es wurde eine umfangreiche militärische Untersuchung gegen die bezeichneten Beamten eingeleitet, die aber kein positives Ergebnis hatte. Daraus wurde der Spiegel umgedreht und gegen Bock obige Anklage erhoben. Derselbe blieb im Tschirne dabei, daß er seine Behauptungen in allen Punkten aufrecht halte. Das Gericht hatte ihm den angetretenen Wahheitsbeweis zu Ende führen lassen; bereits zweimal ist der Termin vertagt worden, weil der Angeklagte stets auf neue Zeugen sich berief. Die gestrige umfangreiche Beweisaufnahme führte Unregelmäßigkeiten zu Tage, welche bei der Militärverwaltung in Königsberg vorgekommen waren, nach Ansicht des Staatsanwalts sei der Angeklagte aber keineswegs berechtigt, derartige Vorwürfe in bekleidigender Form gegen die gesammten Beamten der vierten Abtheilung zu erheben, wie er es gehabt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Bula, führte aus, daß der Angeklagte in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt habe und höchstens in der Form über die zulässigen Grenzen hinausgegangen sei. Er plädierte für Freispruch. Der Gerichtshof hielte zwar für erwiesen, daß die von dem Angeklagten gerügten Missstände vorgekommen seien, unbedingt habe derselbe auch in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt; immerhin sei er aber weit über das erlaubte Maß hinausgegangen und habe Beamten in seine Bekleidungen hineingezogen, die dieselben nicht verdienten. Der Angeklagte sei deswegen zu bestrafen gewesen, doch sei von einer Freiheitsstrafe Abstand genommen und nur auf eine Geldstrafe erkannt worden, die aber wegen der Schwere der Bekleidungen auf 800 M. bemessen worden sei.

## Gerichtssaal.

Unser Parteigenosse Fritz Kaspar aus Steglitz stand am 30. April vor der 12. Abtheilung des Amtsgerichts II Berlin. Angeklagt war derselbe wegen Bekleidung des Gendarmen Borch zu Steglitz. Kaspar sollte den Beamten am 22. März in einer öffentlichen Versammlung durch die Worte „da kam die Vick-

## R. Küchling

Telephonamt III. Nr. 5739.

## Bau- u. Nutzholzhandlung

Leipzig-Plagwitz,

Elisabeth-Allee Nr. 65

empfiehlt  
Bauholzer, sichtene u. poln. kieferne Bretter, Böhlen u. Stößen in allen gangbaren Dimensionen, sichtene Latten u. Waldslatten, Karrenholzer etc., ruz. Erle in Dielen, Bretter u. Böhlen, Rotbuche u. kieferne Stößen u. andere Hölzer für Drechsler etc.

Preise billig. — Bedienung prompt.

## Gummiwaaren

Bedarfsartikel zur Kranken- und Gesundheitspflege.

H. Stölzel, Nürnberger Strasse 3 (am Johannisplatz).

## Markthallenstand 25, 26, 27

Größtes Geschäft in der Markthalle!

verkauft von heute ab prima	Wurstschinkenleber	2011	
Aus der Feuerle	a Pfd. 65 Pf.	Schweineleber	a Pfd. 50 u. 55 Pf.
Hohe Rippe	" 60 "	I. Dual. Hammel, Bauch, a Pfd. 50 "	
Bauch und Brust	" 50 "	Kiefe und Rüden	" 60 "
ff. Kalbsteif	nur 55 "	Kamm und Brust	" 55 "
Hörnlesteif	a Pfd. 60 u. 65 "	Schwarzfleisch und Speck	" 65 "
ff. hansschlachtene Blut- u. Zungenwurst	a Pfd. 80 Pf.	Leberwurst a Pfd. 60 Pf. bei 2 Pfd. 55 "	
Knackwurst	" 70 "	Braunschw. Mettwurst a Pfd. 80 Pf.	
polnische	" 80 "	Cervelat u. Salamiw.	" 110 "
Möllschinken	" 90 "	hoch. thür. Landschweinefleisch	" 80 "
		empf. M. Kraft, Vogeljutterhlg., Rossttr., 12	" 120 "

## Spiegel! Spiegel! Spiegel!

100 St. schöne Spiegel, gr. Weißer Spiegel von 10 M. an, sof. aufzuladen, Bill. 1. verf. Nürnberger Str. 16, I.

Dr. Auswahl präm. Harzer Kanarienvogel, Hdbauer, Rist., Nest., Charpie, Eierkorb, Hoch. Sonnen-, Mühl., 5 Pf. I.A. Ctr. 19.4., Amselfenner, Mehlm., ital. Goldfisch, 10 Pf., empf. M. Kraft, Vogeljutterhlg., Rossttr., 12

## Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung

G. Heinrich

Telephonanschluß:  
Amt I, 2721.  
Leipzig, Mittelstraße 7  
Telegrammabresse:  
Volkszeitung Leipzig.  
hält sich der Bürgerschaft Leipzigs sowie der Arbeiterschaft in Stadt und Land bei Bedarf bestens empfohlen.

### Abteilung Buchdruckerei.

Anfertigung  
von

Druckarbeiten aller Art  
zu civilen Preisen:  
Formulare, Karten, Plakate  
Programme, Statuten  
Erlkäre, Prospekte u. s. w.

Durch die neuesten maschinellen Einrichtungen sind wir in die Lage versetzt, auch die größten Auflagen in der kürzesten Zeit zu liefern.

### Abteilung Buchhandlung.

Besorgung von litterarischen Erzeugnissen des In- und Auslandes.

Spezialität: Arbeitersitteratur  
komplett und in Ableserungen.

Ganz besonders machen wir das leisende Publikum darauf aufmerksam, daß die Aussträger und Aussträgerinnen der Leipziger Volkszeitung angewiesen sind, Bestellungen auf die beiden abwechselnd allwochenlich erscheinenden sozialdemokratischen Wochblätter Der wahre Jakob und Säddentätscher Postillon entgegen zu nehmen. Preis pro Nummer 10 Pf.

N.B. Sämtliche durch uns bezogene Schriften tragen unseren Geschäftsstempel und wollen unsere verehrten Freunde und Genossen genau darauf sehen, daß die Schriften durch uns bezogen werden.

# 2. Beilage zu Nr. 101 der Leipziger Volkszeitung, Montag den 4. Mai 1896.

## Die Maifeier 1896.

Nun ist das Fest veranschafft. Dem selbstgesuchten Feiertage, an dem die Heere der Arbeit ihren heiligen Willen darthun, sich und den Ihren die Segnungen eines freien Menscheniums mit aller Kraft zu eringen, sind andere Tage gefolgt; wieder sind die Proletarier ins lastende Joch des Kapitalismus gespannt, um zu arbeiten und immer zu arbeiten; von grünen Matten und frischen Halben sind wir zurückgekehrt in die dummen Mauer, an die rosenden Maschinen, um von neuem den üben Kreislauf des Jahres zu beginnen, das uns nichts bringen wird als Arbeit und Arbeit — wenn es uns noch Arbeit bringt! Aber Hoffnung ist doch wieder eingezogen in unsere Herzen, stolze und freudige Hoffnung. Wieder hat unser Blick geschweift über die kampfesmütigen Scharen, die überall, wo das Bewusstsein von Freiheit und Menschenrecht erwacht ist, sich in stets massigeren Bataillonen um das siegreiche Banner sammeln. Es geht doch vorwärts! Durch Nacht zum Licht! In der Organisation liegt unsere Stärke, durch Organisation nur können wir siegen, und durch Organisation werden wir siegen. Und die Maifeier von 1896 hat es wieder von neuem bewiesen, daß dieser Gedanke unausrottbar ins proletarische Bewußtsein aller Kulturbölker eingepflanzt ist und daß er prächtig gedeiht. Das ist es, was man aus den Berichten, die uns zugegangen sind, entnehmen kann. "Proletarier aller Länder vereinigt euch" — es wird zur That.

### Die Maifeier in Sachsen.

Plantz. Abends ein überfülltes Lokal, beste Stimmung. — Niederhöchstädt. Vormittagsversammlung, in der Horn-Gainsdorf sprechen sollte, verboten. Abendvergnügen voll besucht. — Grimmaischau. Zwei Vormittagsversammlungen. Etwa 2000 Personen, Seifertz-Großdau und Stolle-Großau referierten. — Werden. Abendkonzert von 800 Personen besucht. — Neugersdau. Im Baierischen Hof und Löwen ein paar Tausend Menschen am Abend. Die beiden Festreden Fräuleins verboten. Der Abgeordnete des 22. Kreises, Hofmann-Chemnitz, durfte keine Ansprache halten! — Wilkau. Veranstaltungen vormittags und abends stark besucht. — Eiserberg. Nachmittags Bataillontreffen der Genossen. Ein unfehlbarer Teil der Arbeiter hat am Tage gefeiert. — Buchwald. Bataillontreffen der Genossen aus allen Ortschaften des Wahlkreises, namentlich Reichenbacher. — Plauen. Abendkonzert mit Festrede. Referent: Goldstein-Großdau. Etwa 500 Personen. Glänzender Verlauf. — Oelsnitz i. B. Abenddemonstration überwoll besucht. Hunderte fanden keinen Einlaß. Referent: Gerlich-Hamburg. — Weißig. Hier wurde die Maifeier am 2. Mai abends durch Festrede sowie recht gelungene Gesangs- und Konzertvorführungen einer Beteiligung von 800 Personen begangen. — Dresden. Die Maifeier ist aufs beste unter regster Beteiligung verlaufen. Vormittags fanden drei überaus zahlreich besuchte Versammlungen statt, in denen Resolutionen zu Gunsten des Achtstundentages und des allgemeinen Wahlrechts einstimmig angenommen wurden. Am Abend wurden Festreden abgehalten.

c. n. Reichenbach i. B., 1. Mai. Die heutige Maifeier verließ ganz programmatisch. Um dem Verbot der Massenpagaziergänge den nötigen Nachdruck zu verleihen, waren Gardarne und Schuhleute posiert, doch konnten sie nicht einschreiten, da diesmal ein gemeinschaftlicher Sammelort nicht bestimmt war. Trotzdem war der Saal in Buchwald gut gefüllt und es herrschte dort die fröhlichste Stimmung. Die Abendversammlung war stärker besucht als vergangenes Jahr. Nach einem kurzen Referat des Genossen R. Müller, über die Bedeutung des 1. Mai, fand die vorgeschlagene Resolution einstimmige Annahme. Bemerkenswert ist noch, daß eine der größten mechanischen Webereien dieses Jahr den Betrieb nachmittags 4 Uhr einstellte. Allerdings ist in dieser Fabrik schon seit 1890 die geringste Arbeitszeit für Webereien. Weiter ließ noch der grösste Teil der Maurer und Handarbeiter am Schulhausbau die Arbeit von mittag ab ruhen. Zwei Verbreiter der Maifeierfeierungen erhielten die konfisierten Exemplare mit einem Strafmandat von 6 M. zurück, da sie öffentlich und ohne polizeiliche Genehmigung den Betrieb gewerbsmäßig vorgenommen hätten.

### Die Maifeier außerhalb Sachsen.

Altenburg. Die Vormittagsversammlung am Mittage waren 500 Personen besucht; sie wurde aber vom Überwachenden aufgelöst, weil sich der Referent angeblich nicht an die Tagesordnung gehalten hätte. Der Vorstande Gen. Vogelius hatte sich die Unterbrechung des Referenten durch den Beamten verbeten und sie als unfehlbar hingestellt. — Berlin. Der Tag erhielt in Berlin sein besonderes Gepräge durch das Zusammenfallen der Eröffnung der Gewerbeausstellung mit dem Weltfeiertag der Arbeit. Auf einer Seite prunkt man unter Aufsicht glänzendsten Bombs — wer zählt die Fürsten, Minister, Generale u. s. f., die sich hier ein Stellbühne geben? — mit den Erzeugnissen des Arbeitstheaters.

## Kleine Chronik.

Leipzig, 4. Mai.

— Leipzig Modernes Theater. Morgen Dienstag den 5. Mai findet im Theatersaal des Kristallpalastes die Eröffnungsvorstellung Martin Lohnhardts von Cäsar Halschken statt. Der Dichter ist heute eingetroffen, um den letzten Proben und der Aufführung beizuwöhnen.

— Ein Plagiat. Der Intendant der Königl. sächs. Hoftheater, Schriftsteller Dr. Franz Koppell-Ellfeld, hat nach Feststellung der Deutschen Wacht ein Plagiat begangen. In einer der früher beitreteten Erzählung des Herrn Intendanten ist eine sehr packende Schilderung einer nächtlichen Automobilfahrt einem Essay des verstorbenen Schriftstellers Max Maria v. Weber nahezu wörtlich entnommen. Herr Koppell-Ellfeld versucht sich in der Weise zu verteidigen, daß er erklärt: Der frühe Frau sei nur ein Bruchstück aus einem demnächst erscheinenden sozialen Roman. Die Vorrede dieses Romans hätte den verstorbenen Weber als Verfasser der betreffenden Schilderung nennen sollen. Diese Verteidigung ist sehr mangelhaft. Denn man sollte sich doch wohl für verpflichtet halten, seine Quellen sofort bei der ersten Veröffentlichung zu nennen. Durch die Thatsache, daß Herr Koppell-Ellfeld Teilnehmer am letzten internationalen Kongress zum Schutz des geistigen Eigentums gewesen ist, erscheint sein Verfahren auch nicht im milderen Lichte.

— König Otto von Bayern. Der 48. Geburtstag des Königs Otto von Bayern wurde am 27. April in München in üblicher Weise durch Gottesdienst des Hofs, des Militärs und der oberen Volksschulklasse sowie durch Verflaggung der öffentlichen Gebäude begangen. Die Münchener Neuesten Nachrichten schreiben: Die große Menge spricht nicht mehr vom König, für sie ist er so gut wie tot. Sein Befinden ist äußerlich unverändert. Er ist mager, scheinbar unempfindlich gegen das, was um ihn vorgeht. Bald läuft er unbeweglich vor sich hin, bald töbt er beständig auf, dann wieder steht er an der Mauer und murmet in diese hinein. Die früheren Heftigkeiten gegen die Oberschicht haben nachgelassen. Da er nicht vollständig apathisch gegen seine Umgebung ist, sondern auch Wahrnehmungen macht, geht aus mancherlei dann und wann bemerkbaren Anzetteln hervor. Die Aufnahme der Nahrung

und der Arbeitergeschäftlichkeit, und auf der anderen Seite müssen dieselben Arbeiter, denen Berlin seinen Weltruhm als Industriestadt verdankt, für die elementarsten Menschenrechte einen erbitterten Kampf durchsetzen, — es ist schwer, keine Satire zu schreiben! Bei der Zahl derer, die die Arbeit ruhen lassen, ist eine entschiedene Vermehrung zu verzeichnen. Das Wetter begünstigte die Feier, die überall würdig und ruhig verlief. An den Versammlungen am Abend haben etwa 70000 Proletarier und Proletarierinnen teilgenommen. — Magdeburg. Bei dem Spaziergang der Magdeburger Parteigenossen nach Friedrichskliff verhafteten Kriminalpolizisten die Genossen Harbaum und Arnoldt, Verleger und Drucker der Volksstimme; gleichzeitig kam die Nachricht, daß die letzte Nummer der Volksstimme konfisziert worden sei. Die Polizei spererte in strengster Weise die Straßen ab, durch die die Demonstranten ihren Weg zu nehmen gedachten, sogar Pferdebahnwagen wurden angehalten und mussten geräumt werden. In der Zeitablage wollte die Polizei die Erhebung von Eintrittsgeld nicht dubios begnügte sich aber mit der Notierung des Namens des Thürstehers. Witten in die Versammlung kam die telefonische Nachricht von einer Haussuchung in den Räumen der Redaktion und Druckerei der Volksstimme; und das, obwohl die anwesenden Redakteure und Drucker die Feier Schlüssel bei sich trugen. Zu der Haussuchung wurde niemand vom Personal hinzugezogen; ebenso wenig wurde das gesetzlich vorgeschriebene Verzeichnis der beschlagnahmten Sachen hinterlassen. Am Abend wurde dann noch der Redakt. Gen. Schröder verhaftet. Trotz allem und allem verließ der Tag ruhig und würdig. Am Abend waren die Versammlungen in allen Lokalen überfüllt. An diesem schweren Tage haben die Magdeburger Genossen einen glänzenden Beweis ihrer Disciplin und Selbstbeherrschung gegeben.

Hamburg. Ein herrlicher Tag. Zahlreicher als je zuvor hat die Arbeiterschaft ihren Feiertag gefeiert. Seit dem großen Kampfe von 1890 sind die Arbeiterorganisationen wieder erstaunt und der immer festgehaltene Gedanke, daß das Ruhenlassen der Arbeit die an-

gewünschte Form der Maifeier sei, kam zum erstenmal wieder in höherem Umfang zur Durchführung. — Hannover. Die Gesamtteilnehmerschaft an der Feier wird auf 25000 geschätzt. — Frankfurt a. M. Würdiger und bedeutungsvoller als alle bisherigen verließ die siebente Maifeierfeier auch in Frankfurt. Ganz besonders stark war namentlich die Beteiligung der Frauen. — Bielefeld. In der alten Hansestadt Bielefeld haben die Genossen in großem Maßstab die Arbeit ruhen lassen. Morgens bewegte sich ein Festzug von über 2000 Personen mit 20 Fahnen und zwei Musikkapellen nach Israelsdorf. Die Kochsche Werkstatt, wo die Arbeiter feierten, hat dafür 650 Arbeiter aller Branchen gemahrgestellt. — Bremen. Hier und in den benachbarten Orten wurde ein Wahlkampfbüffet in 85000 Exemplaren verbreitet. Am Morgen des 1. Mai fand ein Auszug statt. Die zurückkehrenden Genossen bewegten sich demonstrativ durch einen Teil der Stadt. In vielen Betrieben wurde völlig gefeiert. — Kiel. Hier ließ ein ansehnlicher Teil der Arbeiterschaft die Arbeit ruhen. In einer glänzend besuchten Versammlung am Abend referierte Genosse Pfannkuch.

— Karlsruhe, 1. Mai. Die heutige Maifeier gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Die Begeisterung war groß infolge des Wahlsieges bei der Stadtverordnetenwahl, wo Genosse Schaufelberger mit 1808 Stimmen über den Nationalliberalen mit 111 Stimmen siegte. Eine schönere Maifeier hätten uns die Gegner nicht bereitstellen können.

Aus Aachen wird gemeldet, daß die Festversammlung polizeilich aufgelöst wurde, weil sie „zu stark“ besucht war. Von patriotischen Festversammlungen hat man ähnliches nie vernommen.

Ferner liegen Berichte über den glänzenden Verlauf der Feier vor aus München, Braunschweig, Nürnberg, Stuttgart, Stettin, Königgrätz, Halle u. c.

### Die Maifeier im Ausland.

In Wien ist, wie wir bereits kurz gemeldet haben, die impsonante Feier des Proletariats durch einen heftigen Zusammenschluß mit der Polizei gestört worden. Wieder einmal hat das Lumpenproletariat — „Strips“ nennt man in Wien diese Menschenklasse — seine unehrenwerte Tätigkeit entfaltet; die Strips begannen vor dem Sloboda-Palast den Spektakel. „Keiner dieser Kerle wollte“, so schreibt die Arbeiterzeitung, vom Platz, „und wie fest gewurzelt blieben sie stehen. Da plötzlich fiel ein Stein. Ein Fenster des Palais Sloboda war zertrümmt. Klirrend flogen die Scheiben zur Erde. Ein Ordner wollte den Steinwerfer — einen Strips, wie er im Buch steht — dingfest machen, um ihn zur Verantwortung zu ziehen für das Unverantwortliche seiner Handlungswweise, aber der Strich flüchtete seige durch die Menge. Über schon hatte sein Spiel nachgemacht gefunden. Stein um Stein flog gegen die Fenster des Palais.“ Was nun folgte, brauchen wir nicht zu schildern. Die Polizei griff ein und dann kam der Militär: Bosniaken und Männer hatte man dazu ausgesessen. Obwohl die Führer der Sozialdemokratie mit Ausblendung aller Kraft die Gemüter zu beruhigen suchten, wurde teils durch die unzweckmäßige Schroffheit der Polizei, teils durch die „Heiß“ des Gesindels die Menge immer erregter. Schließlich erfolgten fiktive Attacken. Die offiziöse Wiener Polizeikorrespondenz be-

ist sehr unregelmäßig. Längerer Verweigerung folgt heftiges Verlangen nach Speisen. Die Assimilation der Nahrungsware ist ganz korrekt, doch ist die Verbauung nicht in allen Teilen normal. Das körperliche Befinden ist beratt, doch eine lange Lebensdauer wahrscheinlich ist. Indessen ist nicht gewiß, ob nicht durch die Umwidmung der Gebrauchsware einmal ein Blutgefäß angegriffen wird; in welchem Falle eine plötzliche Katastrophe äußerlich unvermittelbar eintreten. Um den König ist ein kleiner Hofstaat eingerichtet, der Auftrag hat, alle Formalitäten streng zu beobachten. Der Kranke scheint hierfür nicht ganz ohne jede Empfindung zu sein.

— Ein vorspäteter Aprilscherz. Die Frankfurter Kleine Presse scheint nachträglich daß Opfer eines groben Aprilscherzes geworden zu sein; sie bringt einen Artikel über eine Laufnarrin Bertha, Fräulein Dr. Stribny, begleitet von einer Illustration, die Vornahme einer chirurgischen Operation durch die Dame darstellt. Nun steht es in Laufnarrin, wie die dortige Revue mitteilt, keine Arzlinnen, die chirurgisch thätig sind, und man weiß von den chirurgischen Operationen eines Fräuleins Dr. Stribny ebenso wenig als von diesem selbst!

— Aus der besten aller Welten. Die seit kurzem in Lüttich (Belgien) eingeleitete Untersuchung über Verbrechen gegen das leidende Leben nimmt einen immer grösseren Umfang an. Außer den Gedanken und einem Apotheker wurde letzter Tage eine „würdige Matrone“ verhaftet, die das schändliche Gewerbe seit 20 Jahren betrieben hat. Die ihr zur Last gelegten Fälle sollen sich auf etwa 250 belaufen. Gegen eine weitere Beschuldigte häufen sich gleichfalls die Beweise. Seit drei Wochen dauert schon das Verhör von Mädchen und Frauen.

### Humoristisches.

Ein Hauptbericht. Richter (beim Versöhnungsversuche): Nachdem Ihr Mann sein Unrecht einseht und Ihnen gern wieder die Hand bietet, was für einen Grund haben Sie da noch, auf Scheidung zu beharren? — „Ah, ich kann jetzt nicht mehr zurück!“ Herr Richter — ich habe schon all meine Sachen so schon gepackt!“

Zeitung. Schauspieler: Herr Direktor, wir brauchen morgen einen grauen Cylinderhut! — Direktor (einer Schmiede): Ach, wenn nur der Teufel diese infame Ausstattungsstücke holte!“ (Gl. Bl.)

markt übrigens, daß der Abmarsch der Massen schließlich wohlgeordnet und ruhig vor sich ging; und eine einzige Bemerkung in diesem Bericht wirkt ein bezeichnendes Licht auf die Vorgänge: „Das ganze ernste Intermezzo war selbst im Prater nicht überall bekannt geworden, und die Kunde davon verbreitete sich erst dann, als Militär einmarschierte.“ Warum mußte denn das Militär einmarschieren? Nach amtlicher Feststellung sind bei den Ausschreitungen, welche am 1. b. M. im Prater stattgefunden haben, 85 Polizisten und 12 Civilpersonen verwundet worden. 32 Personen wurden verhaftet.

Sch. Bern, 1. Mai. Unter strömendem Regen zog der Demonstrationszug, 1700 Mann zählend, in den ersten Nachmittagsstunden durch die Hauptstraßen der Stadt und nach dem halben Stunde entfernten Babern. Die Festversammlungen dort zählten weit über 2000 Teilnehmer. Die Genossen Scherz, Heinrich Schmidt und ein italienischer Genosse hielten die Festreden.

1. Basel, 2. Mai. Die diesjährige Maifeier war eine der imposantesten, die Basel je gesehen. Die Mehrzahl der Arbeitgeber hatten erklärt, daß sie den 1. Mai zwar nicht als Feiertag anerkennen, es aber jedem Arbeiter anheimstellt, den Tag zu feiern ohne Entlassung und Mahlregelung befristet zu müssen. 32 Vereine mit ihren Bannern und 8 Musikcorps bildeten den Zug. Überall, wo sich der Zug zeigte, wurde er von der Bevölkerung sympathisch begrüßt. Die Burgvogteihalle, wo die Feier stattfand, erwies sich viel zu klein. An Stelle des Stechtagssabgeordneten Bue-Müller sprach Genosse Horagaen, Generalstaatsanwalt in Bern. Abends fand ein Fackelzug statt, an dem sich diejenigen beteiligten, die tagüber arbeiten mußten; die Zahl der Teilnehmer ist mit 8000 nicht zu hoch geschätzt.

2. London, 2. Mai. Die diesjährige Maifeier war eine der heftigsten, die London je gesehen. Die Mehrzahl der Arbeitgeber hatten erklärt, daß sie den 1. Mai zwar nicht als Feiertag anerkennen, es aber jedem Arbeiter anheimstellt, den Tag zu feiern ohne Entlassung und Mahlregelung befristet zu müssen. 32 Vereine mit ihren Bannern und 8 Musikcorps bildeten den Zug. Überall, wo sich der Zug zeigte, wurde er von der Bevölkerung sympathisch begrüßt. Die Burgvogteihalle, wo die Feier stattfand, erwies sich viel zu klein. An Stelle des Stechtagssabgeordneten Bue-Müller sprach Genosse Horagaen, Generalstaatsanwalt in Bern. Abends fand ein Fackelzug statt, an dem sich diejenigen beteiligten, die tagüber arbeiten mußten; die Zahl der Teilnehmer ist mit 8000 nicht zu hoch geschätzt.

# Paris, 2. Mai. Die diesjährige Maifeier ist in Frankreich und namentlich in der Hauptstadt weniger gelungen als früher. Die Gemeinderatswahlen, deren Bedeutung durch die gegenwärtige politische Situation noch erhöht wird, nahmen eben alle verfügbaren Kräfte in Anspruch, so daß an die Entfaltung einer umfassenden Agitation für die Maifeier nicht gebacht werden konnte.

In Paris wurden von den verschiedenen Richtungen und Organisationen allgemeine Parteiversammlungen und lokale Versammlungen in den einzelnen Arbeitervierteln veranstaltet.

An einer bedeutenden Kundgebung gestaltete sich der zweite Jahrestag der „Liga für die Verfassungsrevision“ durch das Volk, die am 1. Mai des vorigen Jahres konstituiert worden war. Der Kongress, an dem sich mehrere sozialistische Abgeordnete und Gemeinderatsmitglieder beteiligten, beschloß u. a. die Einberufung von sechs Volksversammlungen zu Gunsten der Verfassungsrevision. Die erste dieser Versammlungen wird am 16. Mai stattfinden als am Jahrestage der zu Staatsstreitwegen von Mac Mahon in 1877 verjüngten Kammerauflösung. Auch sonst wurde in den Versammlungen neben den Maifeierforderungen die Verfassungsrevision energisch gefordert und das reaktionäre Kleblatt: Senat, Präsidium und Ministerium heftig angegriffen.

Aus der Provinz wird vielfach über die Begehung der Feier durch Arbeitsruhe berichtet, so nach den bisher vorliegenden Berichten in Lyon, wo die Arbeit fast allgemein ruhte, in Roanne (meistenteils), Fourmies (in 6 Spinnereien), Garmaux (Kohlengräber), die Glasarbeiter Messignies durften natürlich nicht feiern), Montlagon. In Fourmies fand, wie alljährlich, eine Kundgebung am Grabe der Maiopfer von 1891 statt; in Limoges wurde u. a. die Arbeitsbörse eingeweiht; in Roubaix wurde die Gewerkschaftsdelegation im Stadthause empfangen. Aus vielen anderen Industriezentren werden Versammlungen und Bankette gemeldet.

Überall verließ der Maitag ohne jeden Zwischenfall, den rigorosen „Sicherheitsmaßnahmen“ des Ordnungsmintisteriums zum Troy.

In Châtelaineau (Belgien) hat die Polizei die Maifeierdemonstranten provoziert. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeitern, bei denen es einen Toten und viele Verwundete gab. — Die Zahl der Demonstranten in Brüssel, die durch die Stadt zogen und vor dem Rathaus eine Versammlung abhielten, betrug über 20000.

Nom. Der heutige Tag ist ruhig verlaufen. Die Drucker feierten vollständig, so daß keine Zeitungen erschienen. Vielfach feierten auch die Droschkenfischer. Am Nachmittag fanden Festversammlungen im Freien statt. Die sozialistischen Abgeordneten hatten sich als Festredner auf die grösseren Städte Italiens verteilt.

Eine prächtig und künstlerisch ausgeführte Festnummer hat unser Mailänder Bruderorgan die Zotta di Cofano (Klassenkampf) herausgegeben. Die Maifeier ist in Mailand sehr schön verlaufen.

## Die Eisgläserchen im Kampfe gegen das Kartellerte Unternehmertum.

In einer am Sonnabend den 2. Mai nachmittags abgehaltenen, von 700 Personen besuchten Eisgläserversammlung wurden die Vorgänge der Donnerstagssverhandlung zwischen den 16 Unternehmern und den Werkstattdelagierten nochmals eingehend besprochen und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die hente im Saale der Flora tagende Versammlung der Eisgläser protestiert ganz entschieden gegen die Handlungswweise der Unternehmer, die dem Kinge angehören, ferner protestieren die Anwesenden gegen die Behauptung der Unternehmer, die Eisgläser Leipzig hätten die Arbeit mir niedergelegt, um am 1. Mai zu feiern. Die Anwesenden verurteilen die feindselige

Geltung der Minangehörigen ihren Kollegen gegenüber und stellen fest, daß nur innerhalb der einzelnen Werkstätten geschlossen werden ist, die Arbeit niedergelegen als Antwort auf die der Lohnkommission und verschiedenen Kollegen zu teile gewordene Behandlung. Von den Herren Innungs- und Richtungsmeistern, die die Forderungen der Tischler noch nicht unterschrieben haben, erwartet die Versammlung, daß sie ihr gegebenes Ehrenwort einlösen und die Forderungen der Gehilfen der Werkstattordnung einverleiben und sichtbar in der Werkstatt aushängen. Auch beauftragt die Versammlung die Kollegen, die in der schwersten Weise beleidigt worden sind, von Personen, die Anstand und Bildung nur für sich im Anspruch nehmen wollen, gerüchtlich vorzugehen, um diesen Herren zu beweisen, daß die Ehre des Arbeiters ebensoviel wert ist, wie diejenige des Unternehmers. Die ausgesperrten Tischler versprechen, fest zusammenzuhalten, bis sie siegreich aus diesem Kampfe hervorgehen."

Da von verschiedenen Seiten angeführt wird, daß das gegebene Ehrenwort eines Meisters diesen nicht bindet, wird der Ausspruch des Herrn Obermeisters Heinrich bei der Verhandlung mit der Lohnkommission citiert: "Herr Mensch, wenn das Ehrenwort eines Mannes nicht mehr gilt, dann ist es unmöglich, gegenseitig zu verhandeln!"

Ein Antrag, sich mit den mittellosen Bülbauern, Drechslern und Maschinenarbeitern solidarisch zu erklären und sie als zur Bewegung gehörig zu betrachten, wird einstimmig angenommen, desgleichen ein Antrag, die bei einigen Firmen vorgelkommenen Unregelmäßigkeiten in Bezug auf die Ortsklassenversicherung einem Komitee zu übergeben. Hierzu werden die fünf Kollegen Hößner, Dachsel, Fröhlich, Hirsch und Schreiber geholt.

Ein Antrag, der besagt, daß, wenn bis Dienstag die kartellierten Unternehmer ihre Arbeiter nicht wieder eingestellt haben, die Bediensteten abreisen sollen, wird gegen ungefähr 10 Stimmen mit großer Mehrheit angenommen. An dieser Abstimmung nahmen nur die ledigen Kollegen teil.

Aus der sehr eingehenden Diskussion ist als besonders wichtig hervorzuheben, daß Herr Rademacher, Geschäftsführer der Firma Schulz, gegen den Kollegen Görlitz den Ausspruch gehalten haben soll, sie leisteten für 50 Pf. einen Meineid. Einzelne Redner sind der Ansicht, daß durch gerüchtliches Nachspiel die Unternehmerverhandlungen recht gut beleuchtet werden können. Der Q. Obermeister, Herr Glügel, will über die Vorommisse so gut wie gar nicht orientiert sein.

\* \* \*

Die kartellierten Unternehmer des Tischlergewerbes machen keinen Konflikt zu einer Machtfrage, nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Natur. In einem Elaborat, das am 1. Mai an die hiesigen Kleinmeister zur Versendung gebracht wurde, heißt es:

Da wir mit der Zurückweisung der Freigabe des 1. Mai nicht nur unsere Fachinteressen, sondern diejenigen der ganzen bürgerlichen Gesellschaft zu vertreten und zu schützen hoffen, so bitten wir Sie uns dadurch Ihre Hilfe angedeihen lassen zu wollen, daß Sie, bis auf weiteres Leinen der von uns wegen der Maifeier Entlassenen, deren Verzeichniss Ihnen im Laufe des Sonnabends zugehen wird, in Arbeit nehmen.

Wir rechnen bestimmt darauf, daß Sie unsere in aller Interesse an Sie gerichtete Bitte erfüllen werden, und zeichnen Hochachtungsvollst

Heinr. Bauer, Jul. Blümner, Alb. Engemann, Karl Foerster, Gustav Heinrich (Obermeister der Tischler-Innung), M. Kenzler, Oskar Norroschewitz, Poliphon-Musikwerke (Alt.-Gesellsch. Paul Niedner), Schärling u. Schwarz, Fr. Schneider, Schulz u. Niedling, Rob. Schumann, J. A. Schulz, Paul Thiel, Karl Thieme, Werner u. Haring.

Die im vorstehenden angekündigte schwarze Liste ist in Ihrem ersten Teil erschienen. Nach ihr sollen zunächst ca. 800 mit Namen ausgeführte Tischlergehilfen zu einer zweijährigen Hungerstrafe verurteilt werden und zwar von folgenden Firmen: Heinr. Bauer, Karl Foerster, M. Kenzler, Herm. Meyer, Ost. Norroschewitz, J. Schäfer Söhne (Schleidigs Leipzig), Schärling u. Schwarz, Franz Schneider, J. A. Schulz, Rob. Schumann, Paul Thiel, Werner u. Haring.

Arbeiter! Der an den Tischlergehilfen Leipzigs verübte Gewalt macht deren Sache zur Sache der ganzen organisierten Arbeiterschaft! Das kartellierte Unternehmertum des Tischlergewerbes wollte mit der infizierten Aussperrung die Interessen der ganzen bürgerlichen Gesellschaft vertreten und schützen — das genügt, um den kämpfenden Tischlergehilfen die Sympathie und Unterstützung aller Arbeiter zu sichern. Und die Arbeiterorganisationen werden dafür sorgen, daß den Kämpfern das Pulver nicht ausgeht.

Vor allem ist es erforderlich, daß aller Zugang von außen streng ferngehalten wird. Alle Arbeiterblätter wollen deshalb von dem vorliegenden Notiz nehmen.

Alle Anfragen und Sendungen sind zu richten an Franz Mensch, Leipzig, Körnerstraße 8.

## Gemeinde-Zeitung.

Aus den Plenarsitzungen des Rates. Die Errichtung eines Holzturmes auf dem Alsberege im Rosenthale wird an den Zimmermeister Meyer für 9510.05 M. vergeben. — Zu Schuldirektoren werden gewählt für die 2. höhere Bürgerschule Direktor Schmidt, für die 8. Bürgerschule Lehrer Richter, zeitlich an der Vereinigten Freischule thätig. — Für einen Umbau an die 8. Bürger- und 9. Bezirksschule in Neudörfel werden 120000 M. a Conto der Schulbauten bewilligt. — Für die Anschaffung einer neuen, auf elektrischem Wege zu regulierenden Normalturmuhr für den Johanniskirchturm werden die erforderlichen Kosten von 2840 M. verwilligt. — Der Turnhallenbau und Abortneubau an der 15. Bezirksschule in Sellerhausen wird genehmigt. Die Kosten mit 20000 Mark bezw. 15000 Mark werden a Conto Stammvermögen bewilligt. — Die Petition um Zurückverlegung der Herbstmesse auf den früheren Termin wird auf sich beruhnen gelassen. Die Petition um Festlegung der Herbstfledermesse auf Montag und Dienstag der dritten Woche wird ebenfalls abgelehnt, indem man es bewenden läßt bei der dermaligen Festlegung der Herbstfledermeesse. Es soll jedoch der Termin bereits jedesmal zur Ostermesse bekannt gegeben werden. — Bei der Herstellung der Parlanlage in Sellerhausen liegt eine Überschreitung von 1116.83 M. vor. Sie wird aus den Überflüssen der Neudörfeler Sparkasse bewilligt. — Der Anlauf eines Grundstücks von Herrn Berthold zur Ermöglichung einer Erweiterungsbau des 22. Bezirksschule in Bindenau für 48000 M. wird, da die Erweiterung in den nächsten Jahren unbedingt notwendig wird, a Conto Stammvermögen genehmigt.

## Gerichtssaal.

### Landgericht.

Leipzig, 30. April.

**Schulkindermishandlung.** Wegen Überschreitung des Bildungsbrechls und fahrlässiger Körperverletzung hatte sich vor der dritten Strafklammer der 44 Jahre alte Schullehrer Friedrich Wilhelm Buhmann aus Kleintorgau zu verantworten. Buhmann unterrichtete am Vormittag des 11. Januar in der Klasse 6b der 21. Bezirksschule in Plagwitz neunjährige Schüler in der Heimatkunde. In der nächsten Stunde sollte Schreiben sein. Der neunjährige Knabe Emil Oskar fl. hatte sein Schreibheft vergessen, und als die erste Stunde sich ihrem Ende näherte, merkte er seinen Fehler und bat L. ihn nach Hause gehen zu lassen, um das Schreibheft zu holen. Entsprechend dem Verbot, daß Kinder während des Unterrichts die Schule nicht verlassen dürfen, lehnte es L. ab, der Bitte zu entsprechen und befahl, nach seiner eigenen Sachdarstellung, daß fl. später nach seinem Schulzimmer komme, damit er für seine Vergeßlichkeit ein paar Schläge mit dem Rohrstock erhalte. Außerdem sollte fl. am nächsten Schultage nachsitzen und die Schreibübung nachholen. Der Knabe weinte hierüber und wiederholte seine Bitte, Bitte um der Strafe zu entgehen. Buhmann kniff nun den Knaben in beide Backen und erklärte, er solle nun endlich Ruhe halten. Als der Knabe aber nochmals seine Bitte wiederholte und weinte, erhielt er einige Hiebe mit dem Rohrstock auf das Gesäß. Der Knabe schrie sich, wodurch die Rose blutete und das Schreibheft seines Nachbars beschmutzt wurde. fl. erhielt abermals Hiebe auf das Gesäß, so daß Schwulen blieben. Der Knabe behauptete, daß L. ihm auch ein paar Ohrfeigen gegeben habe. Klarheit ließ sich nicht ganz schaffen, denn einige Schulhaben behaupteten, L. habe fl. gekniffen, während einige andere Knaben geschehen und gehabt haben wollten, daß L. dem fl. Ohrfeigen gegeben habe. Für diese Behauptung spricht auch das ärztliche Zeugnis. Dr. Schmidt hat den Knaben, der über Ohrensaufen klagli, noch an selben Tage untersucht und auf beiden Backen, auf der linken mehr als auf der rechten, Fingerabdrücke und ganz feine Blutergüsse unter der Haut gefunden. Er hat den Knaben bis zum 25. Februar wegen des Ohrensaufens behandelt. Auch Dr. P. hat auf beiden Wangen blutunterlaufen Schwulen gefunden. Dagegen hat der Schulärzt Dr. med. Max Goetz, der den Knaben zwei Tage später untersucht, nur eine Schramme und eine blauefarbene Stelle auf der Backe gefunden, die er auf einen Kniff zurückführt. Er gab dem Staatsanwalt eine besondere Befreiung über den Schutz der Schulautorität und erklärte: "Er hätte nicht erwartet, daß nach den geringen Verlegerungen, die er in seinem an die Staatsanwaltschaft abgegebenen Gutachten festgestellt habe, die Staatsanwaltschaft den Kampf gegen die Autorität des Lehrers durch Erhebung der Anklage unterstützen würde." Staatsanwalt Reichner antwortete auf die Bemerkung nicht. Dr. Goetz suchte denn auch noch den Lehrer weiter in Schutz zu nehmen. Das Gericht verurteilte Buhmann zu — sechs Mark Geldstrafe.

**Z London, 2. Mai.** Aus der Welt des kapitalistischen Schwundes. Es hat 13 Richter gebraucht, um festzusehen, was ein Gründungsschwindel ist — in leichter Instanz hat das Haus der Lords das Urteil gefällt, daß die Victoria Goldmine in Venezuela auf reinem Betrug beruht. 14 Jahre lang dauerte der Schwindel, denn 1882 begann die Victoria Company die Bewirtschaftung dieser Mine, ging aber 1885 in Liquidation, ohne je einen Penny Dividende ausgezahlt zu haben. Auch die Victoria Company, die sich 1886 und 1887 mit dieser Goldgrube abgab, hat kein besseres Los, trotz den rosenfarbigen Berichten, die in die Welt hinausgeschickt wurden. Um diese Zeit erworb ein Spekulant die Mine für 40000 M. und verkaufte sie sofort einer dritten Gesellschaft, der Victoria Gold Mining Company, für 2698200 M., wovon aber nur 78200 M. in bar, der Rest in Shares. Diese neue Gesellschaft dachte aber gar nicht daran, die Goldgrube zu bewirtschaften, sondern machte sich an die viel leichtere Aufgabe: Gold aus Gründungen zu münzen, d. h. das Publikum zu schwindeln. Sie verkaufte einen Teil der Mine weiter an die Stock Exchange Company, die ins Leben gerufen wurde, um dergleichen schwindelhafte Gründungen zu vermitteln, für 500000 M., und diese Gesellschaft verkaufte ihren Anteil, in bar, an die Aaron's Reefs, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, für 2620000 M.! Diese letzte Gesellschaft scheint die Sache ernst genommen zu haben. Sie wurde 1890 mit einem Kapital von vier Millionen M. gegründet und legte eine Million M. zur öffentlichen Subskription auf. In dem Prospektus wurde allerdings von der Vorgeschichte der Victoria Mine kein Wort gesagt, die Goldgrube in Venezuela als eine sehr reiche dargestellt, die nur passender Maschinen bedürfe, um eine Dividende von 100 Prozent abzuwerfen. Ein gewisser Twiss aus Liverpool ging auf den Beim, verlangte 100 Shares, die, um die kleinen Leute zu fangen, nur 5 M. betrugen, und machte die erste Anzahlung von 100 M. Als die übrigen 400 M. eingefordert wurden, hatte Twiss Verdacht geschöpft und verweigerte die Zahlung. Darauf verlangte die Aaron's Reefs Company den Twiss vor dem irischen Gericht, wo die betrügerische Natur des Prospektes von Geschworenen und Richtern ins volle Licht gestellt und die Klage abgewiesen wurde. Damit nicht zufrieden, brachte die Gesellschaft den Fall zunächst vor das irische Obergericht und dann vor den Appellationsgerichtshof; im letzten Gericht erklärten von den vier Richtern zwei den Prospektus als nicht betrügerisch! Das englische Haus der Lords hat aber in leichter Instanz entschieden, daß Twiss durch betrügerische Vorstellungen verleitet wurde, Shares zu nehmen — und damit ist der Schwindel vorerst abgethan.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

**Dresden, 3. Mai.** Am Sonnabend ist hier mit aller bei solcher Gelegenheit üblichen Feierlichkeit die Zweite internationale Gartenbau-Ausstellung vom Könige, der auch ihr Protektor ist, eröffnet worden. Die Ausstellung, erheblich größer als die vom Jahre 1887, nimmt einen Raum von 20000 Quadratmetern ein und ist auf dem neu geschaffenen, den weitgehendsten Anforderungen entsprechenden Ausstellungsgelände Kunstvoll, vornehm und übersichtlich arrangiert. Der gleichen Unternehmungen stehen wir von vornherein mit lebhafter Teilnahme gegenüber. Wird dabei doch so recht klar, wie weit es unsere Zeit in der Erfüllung von Kulinaraufgaben gebracht hat. Ebenso klar aber wird dadurch auch, wie verschwindend wenig heute die Masse des arbeitenden Volkes an den Feinheiten und Schönheiten unserer Kultur teilnehmen darf: das Volk hat die Arbeit zu leisten, die Freude fällt wenigen einzelnen in den Schoß.

Der Redakteur der Sächsischen Arbeiterzeitung, Genosse Heinrich Wezler, ist nach viermonatlicher "Session" in Bautzen seiner Redaktions- und Parteilichkeit wiedergegeben worden. Wir begrüßen den Genossen in seiner wiedergewonnenen, allerdings nur sächsischen Freiheit.

**Zwickau, 3. Mai.** Die Klage wegen Ministerbeleidigung ist jetzt dem verantwortlichen Redakteur des hiesigen Parteiblattes, Genosse Peil, zugestellt. Unter Anklage gestellt sind drei Sätze eines Aufrufs in Nr. 15 des Sächsischen Volksblattes vom 8. Februar.

**Plauen i. B., 3. Mai.** Hier soll der durchgegangene Kassierer des Dößelborner Ortsvereins des Metallarbeiterverbandes, Luther, durch die Polizei verhaftet worden sein. Luther hatte 400 Mark unterschlagen.

## Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

**Wurzen, 2. Mai.** Im Bürgerverein, welcher kirchlich in Stadt Wien eine Mitgliederversammlung abhielt und sich mit der Steuererhöhung beschäftigte, erklärte Stadt-Rat Künnzel, daß diese Erhöhung ihren Ursprung habe in Handlungen der Stadtvertretung zu einer ein Jahrzehnt und länger zurückliegenden Zeit, daß zu jener Zeit das Stadtkorps mit einer einzigen Ausnahme aus lauter "Ordnungsmännern" und "Gutgefeierten" bestand und somit es eine mit Bewußtsein ausgesprochene Unwahrheit sei, wenn gesagt werde, die freil. und sozial. Mitglieder der Vertretung seien Schuld, ihre Finanzwirtschaft habe "Fiascio gemacht". Der Redner bestreite keine Ausführungen mit Zahlen aus dem städtischen Haushalt und erwähnte, daß die Ausgaben für Verzinsung und Rückzahlung aufgenommener Anleihen von 40542 M. im Jahre 1886 auf 107214,52 M. im Jahre 1895 gestiegen und ein Drittel des gesamten städtischen Haushalts umfaßte. In der Debatte wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß wohl viele Steuerzahler aus der Stadt auf die benachbarten Dörfer flüchten und so dem Beispiel des Kommerzienrats und Ehrenbürgers Zuel, der als seinerzeitiger Stadtverordneten-Vorsteher die Suppe, die jetzt auszulöschen sei, mit eingebracht habe und seit einigen Jahren nach dem Nachbarte Rischwitz übergesiedelt ist, folgen werde.

Der Wahlausschuß hat bestimmt, daß die Stadtverordneten-Ergänzungswahl Montag den 18. Mai von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1/2 Uhr stattfindet. Wahllokale sind der Schweizergarten und der Bürgergarten.

Hier wurde von den Parteigenossen die Feier des 1. Mai durch Veranstaltung eines Frühlingsoperns in Stadt Wien eingeleitet. Trotz des ungünstigen Falles des diesjährigen Weltfestes der Arbeit auf einen Freitag, hatten sich eine stattliche Anzahl Teilnehmer eingefunden. Noch besser war nachmittags die Beteiligung am Maiauszug nach Kornhain, so daß sich bei schönstem Wetter im Gasthaus und Garten dasselbe ein fröhlig bewegtes Zusammensein der Demonstranten gestaltete. Am Abend steigerte sich der Besuch der Feier im festlich geschmückten Saale von Stadt Wien. Das rührige Festmotto bot hier musikalische Genüsse, die mit verdientem Beifall aufgenommen wurden, wie auch die Gesangsvorträge der Sängerabteilung des hiesigen Volksbildungsbundes. Die Festrede hielt Genosse Paul Köhne aus Leipzig. Die von demselben gewürdigten Forderungen des Proletariats an die herrschenden Klassen wurden mit einmütigem Beifall von der Feierversammlung aufgenommen und energisches Eintreten dafür gelobt. Alsdann kam das ansprechende lebende Bild: Ein Traum zur Darstellung, zu dem der Text Genosse Rich. Schulze gediegen vortrug. — Nur Befriedigung hat unsere diesjährige Maifeier bei den Teilnehmern erregt, wenn auch dringend gewünscht werden muß, daß ein nächstes Mal dieselbe allgemeiner von der hier zahlreichen Arbeiterschaft begangen wird. Nicht unerwähnt sei, daß auch hier Arbeitgeber "ihren" Arbeitern gegenüber den groben Unfug geübt, dieselben mit der Hungerspeisung zu bedrohen für den Fall der Beteiligung an der Maifeier.

## Vereine und Versammlungen.

Eine außerordentlich zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Leipziger Studenten fand am 1. Mai früh 1/2 Uhr mit folgender Tages-Ordnung statt: 1. Bericht der Lohnkommission und Stellungnahme dazu. 2. Diskussion zu diesen Punkten. Die Lohnkommission berichtet, daß von 28 Geschäften 16 Geschäfte, die größten in Leipzig, den Lohnarbeits schriftlich anerkannt haben und daß die Ausflüchte zu einem vollständigen Sieg sehr günstig sind. Folgende Geschäfte haben anerkannt: Damm u. Biegert, Helbich, Hartung, Grummt u. Berg, Steiner, Adler Nachfolger, Fösel, Sturm u. Fischer, Richter, Fug u. Hähne, Keil u. Brandt, Schmetter, Nennig, Mittel, Süßmilk, Schäffer u. Pellegrini. Sollten die 7 noch fehlenden Geschäfte bis 4. Mai ihre Unterschrift nicht eingereicht haben, so wird die Sperrre über diese Geschäfte verhängt. Hieron werden eventuell betroffen: O. Schulz, Schulze u. Comp., G. Ebert, Bauer, Schindler, Jung, M. Mancke. Die Gesellschaft vereinfacht sich, die Ausländer nach besten Kräften materiell zu unterstützen. Nach längerer Debatte wird einstimmig beschlossen, die ausländigen verheirateten Kollegen mit 18 M. und für jedes Kind mit 1 M. extra und die ledigen mit 12 M. wöchentlich zu unterstützen. Die Kollegensteuer wurde auf 2 M. von den Bauarbeitern und 1 M. von den Werkstätten-Arbeitern festgesetzt. In die Lohnkommission wurden die Kollegen Unger, Schäfer und Wunderlich gewählt. Es wurde beschlossen, die Prinzipale davon in Kenntnis zu setzen, wie viel und was für Unterstützungen eingegangen sind. Das Kunstkunstbüro der Lohnkommission befindet sich im Restaurant Spies, Seeburgstraße.

Eine von etwa 150 Personen besuchte öffentliche Sitzerversammlung fand am Sonnabend den 2. Mai im Glyptum statt. Tagesordnung: 1. Wie können wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt schilderte der Referent, Genosse Pitsau, wie sich die Verhältnisse der Arbeiter durch das Maschinenwesen nicht, wie man erwartet sollte, verbessert, sondern stattdessen verschärft haben und daß es deshalb notwendig sei, sich zu organisieren, damit die Lage der Arbeiter verbessert werden könne. In der Diskussion gestaltete sich ein Anhänger des evangelischen Arbeitervereins darin, Harmonie zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu predigen, wurde jedoch von Genosse Pitsau widerlegt, daß eine Harmonie bei dem heutigen Konkurrenz- kampfe unmöglich sei, da immer wieder versucht würde, die Löhne zu drücken und somit ein steter Kampf bestehen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Es wurde dann von verschiedenen Kollegen angeführt, daß im Tischlergewerbe sehr viele Missstände herrschten, die wir jetzt beseitigen könnten, und wurde daraufhin eine Kommission gewählt, die in einer so bald wie möglich stattfindenden Versammlung Vorschläge zur Verbesserung unserer Lage zu machen hat. Der 3. Punkt konnte wegen vorgerückter Zeit nicht erledigt werden.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. Mai.

**Nachträgliches zum ersten Mai.** Gemahregel wurden von dem Zinnungsmeister F. Köst, Leipzig, Erdmannstraße, sieben Hutmacher, weil sie sich am 1. Mai erlaubt hatten, von Mittag an zu feiern. Zwei andere Arbeiter, die kein Kind spielen wollten und am 1. Mai weiter arbeiteten, wurden ebenfalls gefündigt. Von den Gemahregelten war einer 18 Jahre, ein anderer 9 Jahre bei Köst thätig.

Um Maitage und dessen Vorabend ist es mehrfach vorgekommen, daß Maßnahmen auf ergangene Auflösung von Hauswirten oder Hausherrn durch die Polizei entfernt worden sind. Die Berufung auf das von uns jüngst veröffentlichte Urteil einer Civilkammer des Landgerichts Leipzig beantworteten die betr. Unterbeamten mit dem Hinweis auf die ihnen von ihren Vorgesetzten gewordene Instruktion. Für das Leipziger Polizeiamt scheint also das Urteil des Landgerichts nicht zu gelten.

In Gohlis heißt es ein Haussitzer nicht einmal für nötig, die Vermittelung der Polizei zur Entfernung einer Maßnahme anzurufen. Der sich Agent nennende Haussitz Steinert, der Chemann der Gebannte gleichen Namens, wohnhaft zu Gohlis, Marienstraße 11, stieg Freitag abend in höchster hausherrlicher Person auf sein Fensterbrett und riß die aus der ersten Etage herausgesteckte Maßnahme eines seiner Mieter einfach herunter und nahm sie in seinen Besitz. Wie verlautet, hat die Gebannte Frau Steinert ihren Mann zu diesem eigenmächtigen Eingriff in die Rechte dritter Personen ermuntert, was um so verwunderlicher erscheinen muß, als doch gerade die Gebannten schon in ihrem Berufe gerade genug Gelegenheit haben, die Berechtigung der Arbeitserfordernisse im allgemeinen und die der verkürzten Arbeitszeit im besonderen einzusehen zu lernen.

**Zur Lohnbewegung der Schmiede.** Die Schmiede von Leipzig und Umgegend hielten gestern in der Flora eine öffentliche, von 400 Personen besuchte Versammlung ab. Nach langer und eingehender Diskussion wurde beschlossen, Montag den 4. Mai dort, wo nicht bewilligt worden ist, die Arbeit einzustellen. Aus der Diskussion war zu ersehen, daß in einer Anzahl Werkstätten sich die Meister direkt ablehnend verhalten. Es wird gegen 12 Stimmen ein Antrag angenommen, daß die zu den neuen bewilligten Forderungen weiter arbeitenden Kollegen sich eine Steuer von 1.50 Mk. auferlegen sollen und darüber Quittung durch Marken zu geben. Als Streikkomitee werden die Kollegen Schröder, Niedorf und Rose gewählt. Das Büro befindet sich im Restaurant Werner, Mühlgrasse. Dort kann den Tag über alles auf den Streik Bezugliche gemeldet und auch Auskunft eingeholt werden. — Im letzten Augenblick erfahren wir noch: Am heutigen Morgen haben 148 Mann bei 51 Arbeitgebern die Arbeit eingestellt. Bei 10 Arbeitgebern, die bewilligt haben, arbeiten gegen 40 Mann weiter. Sonst leisten die Arbeitgeber den Gehilfenforderungen hartnäckig Widerstand. Die Gehilfen wollen ihre ausständigen Kollegen von der zweiten Woche ab, die Verheiraten mit 12 Mk., die Ledigen mit 9 Mk., unterstützen.

**Zur Lohnbewegung der Schlosser.** Eine von über 200 Personen besuchte Schlosserversammlung fand gestern in der Flora statt. Die Berichterstattung über die Verhandlung mit den Meistern resp. mit der Zinnung ergiebt, daß die Gehilfenforderungen von der Lohnkommission eingehend begründet werden müssen, um dann von den Meistern abgelehnt zu werden. Es soll jedoch nochmals verhandelt werden. Am meisten sträubt sich die Meister gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Zugeständnisse zu machen, sei die Zinnung nicht in der Lage. Sie müsse das jedem einzelnen Meister überlassen. Die Meister behaupten, daß die Lage der Gehilfen hierzu nicht eine so schlechte sei, wie es die Kommission schildere, denn nach einer schriftlich gehaltenen Umfrage bei den Prinzipalen erhielten 159 Mann im Alter bis zu 20 Jahren einen Durchschnittslohn von 16 Mk. 22 Pf., 208 Mann im Alter von 20—30 Jahren 21 Mk. 31 Pf., 85 Mann im Alter von 30—40 Jahren 25 Mk. 11 Pf. und 60 Mann im Alter von 40—60 Jahren 24 Mk. 12 Pf. Der Gesamt-Durchschnittslohn bezifferte sich also auf 21 Mk. 50 Pf. Dem wird von Seiten der Gesellen energisch widerprochen und angeführt, daß Löhne von 20, 22, 24 und 25 Pfennigen keine Seltenheiten wären, also berartige Durchschnittslöhne nicht da seien. Um die Kollegen zu orientieren, wird noch bekannt gegeben, daß insgesamt 178 Meister am Pfarrfeier seien, von denen 43 keine Gesellen, 61 nur 1—2, 45 aber 3—5 und 24 über 6 Gesellen beschäftigen. Eine angenommene Resolution besagt, daß die 213 anwesenden Kollegen auf alle Fälle an den gesetzten Forderungen festhalten wollen und wird die Kommission beauftragt, weitere Schritte zum Vorteil der Kollegen zu unternehmen. Falls die Zinnung nicht auf die Forderung der Gehilfen eingehen sollte, soll zu geeigneter Zeit die Arbeit niedergelegt werden.

**Die sozial-wissenschaftliche Vereinigung,** über deren Gründung wir kürlich eine Notiz brachten, hat jetzt ihren Prospekt verändert. Danach ist ihr Zweck, „Aufklärung über soziale Fragen zu schaffen, besonders durch Vorträge und gegenseitige Ausprache“. Sie will keiner einzelnen politischen, sozialwirtschaftlichen oder religiösen Richtung dienen.

Wenn wir nun auch zugeben wollen, daß eine freie Aussprache über sozial-wissenschaftliche Themen nicht ohne einiges Interesse sein könnte, so bestreiten wir doch von vornherein die Absicht der Vereinigung, es zu solchen freien Aussprachen ohne Rücksicht auf politische etc. Richtung kommen zu lassen. Den Vorstand der Vereinigung bilden nämlich 24 Mitglieder aus allen möglichen politischen, sozialen und religiösen — auch ein Jude ist darunter — Richtungen der Leipziger Bevölkerung. Der Name eines Sozialdemokraten ist aber selbstverständlich nicht unter den langen Reihe der 24 Namen zu finden. Die Vereinigung ist eben eine reine Bourgeoisiegründung. Nun ist ja allerdings jedem, der über 21 Jahre alt ist, die Mitgliedschaft zu einem beliebigen, ihm selber anheimgestellten Vortrage freigegeben. Aber es versteht sich, daß sich, wie die Dinge liegen, kein Angehöriger unserer Partei um die Mitgliedschaft bewirbt. Ebenso wenig dürfte er an den öffentlichen Versammlungen und Diskussionen als „Gast“ teilnehmen wollen. Wenn z.B. in der ersten öffentlichen Versammlung Herr Geheimrat Söhn am 16. Mai über: Die sozialen Pflichten der Gewaltdeten sprechen wird, so glauben wir wohl, daß er manches Interessante vorbringen wird; vor Arbeitern aber wird er sicherlich nicht sprechen. Daß uns diese neue „Freundschaft“ natürlich sehr gleichgültig ist und nur bewirken kann, der Vereinigung von vornherein den Stempel der Bedeutungslosigkeit aufzudrücken, bedarf wohl keines Wortes.

**Bon der Sächsisch-Thüringischen Ausstellung.** Zur Zeit entfalten die Mitglieder der einzelnen Gruppen eine äußerst rege, werbende Thätigkeit, indem sie sich bemühen, solche ihrer Berufsgenossen, die zum Ausstellen zwar geneigt sind, aber ihre Anmeldung noch nicht bewilligt haben, dazu zu veranlassen. Zu diesem Zwecke versenden sie ein Cirkular an alle in Frage kommenden Firmen des Ausstellungsgebietes und fordern sie darin u. a. auf, nicht länger mit der Anmeldung zurückzuhalten, damit der geschäftsführende Ausschuss die Größe der benötigten Gebäude endgültig feststellen kann. Auch eine Sonderausstellung von Jagdtrophäen soll ins Leben gerufen werden.

**Der Arendtsche Stenographenverein Apollo-Bund** eröffnet kommenden Mittwoch den 6. Mai abends 9 Uhr in seinem Vereinslokal: Restaurant Bollrad, Märkerstraße 41, I., einen neuen Lehrgang.

**Der zweite diesjährige Vorstenmarkt** findet in der Zeit von Montag den 29. Juni bis Sonnabend den 4. Juli statt.

**Das Ober-Ersatzgeschäft im Aushebungsbereiche Leipzig-Stadt II** findet am 13., 15., 16., 18., 19., 20., 21., 28., 29., 30. Mai, 1., 2., 3., 4., 5. und 6. Juni d. J. an jedem Tage vormittags von früh präzise 9 Uhr ab in der Centralhalle, Centralstraße 2 hier, statt. Es werden daher alle im Stadtbereiche Leipzig (einschließlich der einverlebten Vororte) wohnhaften militärisch-taktischen Mannschaften, deren Familiennamen als Anfangsbuchstaben einen derjenigen alphabetischer Ordnung von L bis Z führen, und die beim diesjährigen Ersatzgeschäft hier oder anderswo zur Vorstellung gelangt gewesen und gelegentlich dessen 1. als tauglich für das Heer bez. für die Marine, 2. zur Erbsahreserve, 3. zum Landsturm und 4. als dauernd untauglich in Vorschlag gebracht sind, aufgefordert, sich plakativ zu dem betreffenden Aushebungstermin einzufinden.

**Diesenigen Mannschaften des Urlaubtenstandes,** die zu einer Übung eingezogen werden, haben zu beachten, daß eine Steuerbefreiung für die betreffende Zeit nicht ohne weiteres stattfindet. Nur dann, wenn infolge einer zeitweisen Überwerfung zum Militärdienst eine wesentliche Schädigung in den Erwerbs- oder Einkommensverhältnissen des Einberufenen dergestalt eintrete, daß letzterer die veranlagte Steuer ohne Bedrückung nicht zu entrichten vermöge, kann vom Finanzministerium ein teilweise Erlaubnis bewilligt werden. In solchen Fällen genügt aber keineswegs die Vorzeigung des Militärpasses bei der Steuerbehörde, sondern es ist bei letzterer ein schriftliches, die näheren Umstände darlegendes Gesuch um ersatzweise Minderung der Einkommensteuer anzubringen.

**Im Asyl für männliche Obdachlose** sprachen in der Zeit vom 25. April bis 2. Mai 127 Personen vor, von denen 125 aufgenommen und 2 zurückgewiesen wurden. — Im Asyl für weibliche Obdachlose wurden im Monat April 15 Personen aufgenommen.

**Das städtische Freibad am Schlesischen Wege** wird am 15. Mai eröffnet. Die Beaufsichtigung ist auch in diesem Jahre dem Fischmeister Karl Wilhelm Weißner übertragen worden. Die Anstalt kann in der Zeit von morgens 5 bis nachmittags 1½ Uhr und von nachmittags 3½ Uhr bis zum Dunkelwerden unentgeltlich benutzt werden.

**Strassenperrungen.** Wegen Herstellung der Wasserleitungsanlagen wird der Brühl in seiner Ausdehnung von der Nikolaistraße bis zur östlichen Seite der Habschischen Straße vom 4. d. Mts. ab auf die Dauer der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt. — Wegen Einlegung von Gleisen für die elektrische Straßenbahn wird die Grimmaische Straße in ihrer Ausdehnung von der Reichsstraße bis zur Ritterstraße vom 4. d. Mts. ab auf die Dauer der Arbeiten für alle Fahrverkehr gesperrt.

**Die an den Posten erkrankte Sachsenländerin,** die im hiesigen Krankenhaus verpflegt wurde, ist gestorben. Ein weiterer Postenfall ist bis jetzt nicht zu verzeichnen gewesen.

**Ein Soldat durch Selbstmord geendet.** Sonnabend vormittag erschoß sich ein Gefreiter von der 8. Compagnie des 106. Infanterie-Regiments. Er war Compagnieschreiber und hatte als solcher die Gelder der Reserveleute für die Compagniebilder zu verwahren. Eine veritable Unterschlagung dürfte der Grund zum Selbstmord sein. Der Leichnam wurde nach dem Garnisonlazarett gebracht.

**Selbstmord.** In einem Hause der Südstadt machte gestern aus unbekannten Gründen ein Dienstmädchen ihrem Leben durch Erhängen ein Ende.

**Verunglückte Droschkenfahrt.** In der Nacht zum Sonntag schaute in der Langen Straße zu Connewitz das Pferd eines hier in der Brandvorwerkstraße wohnhaften Droschkenfischers. Das Tier zerbrach einen Gabelbaum und schleuderte den Wagen an eine Planke, wodurch er teilweise zertrümmert wurde. Schließlich geriet das Pferd mit den Hinterfüßen in einen Graben, aus dem es nur mit vieler Mühe wieder herausgezogen werden konnte.

**Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sind unbekannte Diebe in den Velocipedcircus auf dem Fleischmarkt eingebrochen. Es fielen ihnen aber nur einige Eintrittskarten in die Hände.

**Ein schnapsräuberischer Einbrecher** machte sich im Laufe der letzten Nacht in einer dem Restaurateur Viebert gehörigen Kantine am Kasernenviertel bei Mödern an die Arbeit. Er raffte alles Mitnehmewerte zusammen und legte es zurecht. Da sein Raub aber schon ein beträchtliches Gewicht hatte, suchte er Stärkung an dem Inhalt einer großen Schnapsflasche, der ihm so mündete, daß er über Bedürfnis stand, und ihm der süße Jusel die Sinne benebelte, wodurch er in tiefen Schlaf verfiel, aus dem ihn erst die heute morgen zur Arbeit kommenden aufschreckten. Sein nächtlicher Raubzug endete nun mit seiner Verhaftung.

**Markranstädt.** Die hiesigen Genossen hielten ihre Maifeier in der Guten Quelle ab, deren geräumiger Saal von 500—600 Personen gefüllt war. Nach einem Referat des Gen. Hähnrich-Leipzig wurde die Acht-Stunden-Resolution unter großer Begeisterung einstimmig angenommen; gelungene turnerische Aufführungen und Musikvorträge hielten die Festversammlung noch lange begeistert. — Besonders bemerkenswert ist, daß sämtliche Kirchener Markranstädt in der Stärke von 200 Mann von mittag an die Arbeit ruhen ließen.

**Schlendiz.** 26 Arbeiter der Firma F. Schäfer u. Söhne haben, weil sie den 1. Mai zu feiern gedachten, die Arbeit am 30. April verlassen müssen.

## Aus der Partei.

**Die Revision des Genossen Hofrichter in Köln** gegen das Urteil im bekannten Brauweiler-Prozeß wurde am 30. April vom Reichsgericht verworfen. In der Revision gegen das Urteil rügte Hofrichter Nichtzulässigkeit des § 198 St.-G.-B., da, wenn es sich um ethische Dinge handele, man auch in Wahrung fremder Interessen thätig sein könne, wie seiner Zeit Melle, der für Forbes eintreten durfte. Der Oberrechtsanwalt Hamm bestritt jedoch, daß der Angeklagte ein konkretes Interesse gehabt habe und daß das Urteil einen Rechtsirrtum ersehe lasse. Das Reichsgericht schloß sich dieser Meinung an; Hofrichter muß nun für seine That, die ihm den Dank der öffentlichen Meinung eingebracht hat, 8 Monate ins Gefängnis wandern.

**Genosse Gehre,** der verantwortliche Medallleur des Volksblatts für Anhalt, ist wegen Beleidigung der protestantischen Kirche zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

## Vom Reichstage.

**Zur dritten Veratung des Börsengesetzes** ist beim Reichstag nachstehender Antrag des Grafen Kanitz zugegangen: „Der Reichstag wolle beschließen, den folgenden Beschlusenantrag anzunehmen: Den Herrn Reichslandtag zu ersuchen, mit denjenigen Staaten, in denen ein börsenmäßiger Terminhandel in Getreide und Mühlenfabrikaten besteht, wegen Untersagung dieses Handels in Verbindung zu treten und über das Ergebnis dem Reichstage Mitteilung zu machen.“ Den Herren Agrarern schwüst der Kanitz. Das ist ein Schlag ins Wasser sein wird, versteht sich. Denn andere Parlamente machen die Dummkopfheit vom 1. Mai nicht mit.

## Von Nah und Fern.

**Burzen,** 3. Mai. Hier sind in den letzten Tagen viele Masernerkrankungen vorgekommen. Von der Kinderbewahranstalt sollen 24 Kinder infolge Masernerkrankung fehlen. Auch Scharlachfälle treten auf. Dagegen scheint die Diphtheritis-Epidemie jetzt fast erloschen zu sein.

**Berlin,** 3. Mai. Ein Prozeß „delikater“ Natur beschäftigt wie die Welt am Montag meldet, seit bereits längerer Zeit das hiesige Gericht. Der Inhaber eines bekannten Militärvädigiums, Rittmeister a. D. R., verkaufte vor einigen Jahren sein Institut gegen 10000 Mk. Anzahlung an den Lieutenant a. D. T. Der letztere konnte aber schon nach einem halben Jahre die Miete nicht bezahlen und wurde exmilitiert. Nun strengte er gegen den Verkäufer einen Prozeß auf Herausgabe der an gezahlten Summe mit der Mollivierung an, dieser habe ihm beim Kauf absichtlich verschwiegen, daß das Institut in leichter Zeit durch das eigentümliche Verhalten der Frau des R. zurückgegangen sei. Letzterer gab allerdings zu, daß seine, inzwischen verstorbenen morphiumhaltige Gattin kurz vor ihrem Tode ein ziemlich extravagantes Wesen an sich gehabt habe, doch sei der Rückgang des Instituts unter Leitung des T. in erster Reihe darauf zurückzuführen, daß dessen Frau und Schwägerin mit den Böblingen in intimem Verkehr gestanden und auch sonst keinen besonders maßregelwidrigen Lebenswandel geführt hätten. Die Beweiserhebung hat bereits in mehreren Terminen stattgefunden. Auf den Ausgang des Prozesses darf man nicht gespannt sein.

**Im Laboratorium der auf dem Berliner Lagerhof im Norden Berlins befindlichen Gesellschaft für flüssige Gase, Raoul Picot u. Co., brach heute früh Großfeuer aus. Der Knall bei den Explosionen einer Anzahl Gasbehälter war gewaltig. Die Flammen loderten haushoch empor. Das Feuer wurde nach einigen Stunden gelöscht. Es ist kein Menschenverlust zu beklagen.**

**Infolge des orkanartigen Windes** schlug gestern nachmittag auf der Havel ein Bierer des hiesigen Klubclubs Vineta um. Drei Insassen ertranken, einer konnte gerettet werden.

**Nordhausen,** 1. Mai. Der hiesige Gerichtsvollzieher Mackensen wurde gestern, nachdem er bei dem pekuniär zurückgelassenen Bierbrauerlebiger Hartmann in Steigerthal eine Bändigung vorgenommen hatte, von ihm auf der Dorfstraße mit einem Revolver angefallen. Mackensen schlug jedoch die Waffe zur Seite, so daß der Schuß fehl ging, und flüchtete dann in ein benachbartes Haus. Hartmann entfloß dann aber, als sich die Bauern zusammenrieten, nach Nordhausen in der Absicht, einen dortigen Lehrer zu erschleppen, den er gleichfalls als eine der Ursachen seines Unglücks ansah. In Nordhausen wurde er abends mit der Waffe in der Hand verhaftet und in Sicherheit gebracht.

**Hannover,** 2. Mai. Zit der Droschke erschossen hat sich gestern vormittag ein hier bei seinen Angehörigen auf Urlaub weilender, in Stralsburg beim Festungsgefängnis kommandierter Offizier. Er erhält, wie der Hann. Kurier mitteilt, kurz vor der That einen plötzlichen Tod seines Bruders, eines noch im Dienst stehenden Majors, meldendes Telegramm. Die Depeche fand man in der Tasche des Verstorbenen. Die in die rechte Schläfe abgefeuerte Kugel hatte den Tod nicht sofort herbeigeführt, dieser erfolgte erst im Krankenhaus, wohin der tödlich Verletzte gebracht worden war, ohne die Bestimmung wieder zu erlangen.

**Reichenau,** 3. Mai. Welchen außerordentlichen Schaden die Krähen dem Wild verursachen, ist daraus zu ersehen, daß auf einem hiesigen Hirsch innerhalb einiger Tage nicht weniger als sieben junge Hasen aufgefunden wurden, denen die Köpfe abgefressen waren.

**Berlin,** 2. Mai (Hirsch's L. B.) Heute wurde das Testament des Barons Hirsch eröffnet. Als Universalerbin figuriert die Witwe des Barons, seine Adoptivtochter wurde mit einem Legat bedacht. Für wohltätige Zwecke in Mähren sind 1 Million ausgeworfen, wovon die Hälfte für Israeliten bestimmt ist. Die Beamten aus beiden mährischen Bezirkungen erhalten 60000 fl. Andere Legate sind im Testamente nicht angeführt.

**Gütlich,** 2. Mai. Gestern flog in der Nähe des Bahnhofs ein Glückszug mit einem aus Flémalle kommenden Personenzug zusammen. 4 Personen wurden nur leicht verletzt.

**In Sives bei Lille (Nordfrankreich)** brannte die große Baumwollspinnerei der Brüder Barras völlig nieder. Alles Rohmaterial ist verloren. 250 Arbeiter werden durch den Brand beschäftigunglos.

Der frühere sächsische Unteroffizier Martin ist aus Nancy, als der Spionage verdächtig ausgewiesen worden.

## 129. Sächsische Landeslotterie.

5. Klasse.

Blelung vom 4. Mai.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 265 Mark  
(Ohne Gebühr.) gezogen.) (Ausbruch verboten.)40000 auf Nr. 1986 bei Herrn Max Keller, in Firma: Oskar  
Jehnlicher in Leipzig u. Julius Traut-  
mann in Gera.

15000 auf Nr. 86439 bei Herrn Karl Hänggen in Burgstädt.

5000 auf Nr. 85348 bei Herrn Karl Hänggen in Burgstädt.

5000 auf Nr. 86827 bei Herrn W. Koch jun. in Jena.

5000 auf Nr. 94194 bei Herrn F. C. Röß in Hartlaub.

94 328 181 885 882 553 66 825 568 524 191 310 963 938

5 19 412 774 927 527 698 71 (800) 1589 594 181 78 197 406

608 205 52 (800) 428 (500) 597 19 986 (40000) 190 448 (800)

564 (500) 371 458 2572 121 30 812 51 870 500 179 25 325

706 855 574 (500) 601 510 1 822 884 687 418 900 473 3674

938 5 (500) 707 (300) 879 137 924 231 803 849 356 655 (1000)

257 871 505 804 686 650 810 908 681 (800) 760 4481 688 048

156 893 9 690 459 832 588 704 628 (1000) 406 514 658 654

184 (1000) 728 (500) 114 754 985

5708 42 486 240 666 491 284 440 548 188 (800) 109 582

501 286 490 (500) 917 821 727 877 (800) 715 128 694 555

11 761 982 846 602 928 191 578 (800) 448 808 900 8 517 878

794 (800) 982 457 858 708 604 045 7148 577 807 (800) 571

818 (8000) 256 (500) 711 668 454 478 804 975 588 288 66 141

946 (800) 194 918 874 11 786 888 656 356 66 599 514 511

510 668 164 (1000) 616 578 722 (8000) 889 824 (1000) 9 801

871 577 979 175 402 (500) 408 726 (800) 253 9583 (500) 818

892 (1000) 832 828 920 781 157 831 468 825 684 824 552 (3000)

480 114 (500) 888 207 (500)

10762 240 691 (8000) 155 968 928 884 214 (800) 148 72

185 89 310 (500) 894 819 444 11831 411 388 75 760 721 141

205 (800) 18 508 604 829 872 (500) 807 12004 618

574 692 807 619 6 485 (800) 472 416 869 487 581 281 288

89 727 (1000) 18180 461 773 823 940 647 848 509 922 61 834

819 326 (800) 907 264 (500) 661 126 862 792 508 830 491

42389 502 27 487 747 222 (1000) 245 962 288 722 409 864

15968 619 109 240 279 (1000) 467 654 80 806 781 481

856 285 937 201 657 866 422 974 887 954 100 281 418 (3000)

887 66 (800) 183 36 (500) 40 765 (800) 16499 8 298 948 225

(800) 164 182 981 889 921 929 574 867 898 (8000) 735 856

629 273 571 34 (8000) 272 17484 906 488 747 (800) 99 29

182 (8000) 975 783 (800) 961 (500) 18388 492 730 802 158

1449 446 110 (800) 210 495 918 748 102 940 152 (500) 417 828

868 488 19429 550 257 885 92 68 148 170 208 710 862 746

(8000) 280 987 (800) 458 64 754 184 258 723

20474 757 117 118 246 288 85 32 58 588 (800) 188 166

683 920 886 (1000) 887 905 172 21476 993 628 441 555 481

176 898 89 241 295 109 (800) 470 517 258 565 679 447 85 (800)

709 850 55 929 22588 809 995 450 888 899 188 920 608 (600)

688 558 896 (800) 818 (800) 810 (1000) 28 929 865 968 541

26 212 489 979 (500) 23708 489 70 508 915 283 898 553 898

(500) 880 691 891 828 265 725 695 541 771 (800) 87 230 181

109 708 895 590 24676 738 124 865 810 291 986 849 2 184

65 57 894 176 (1000) 887 666 800 888 402 224 854 452 947 578

25412 82 516 29 845 867 580 587 870 694 194 624 129 687

281 88 823 500 (800) 218 430 56 (3000) 505 (500) 171 61 988

790 (800) 518 26868 683 882 (500) 61 172 887 484 858 176

392 768 (800) 440 889 908 646 415 828 487 869 108 958 885

431 649 27082 (800) 506 488 774 798 881 113 228 685 106 871

855 28454 884 376 (800) 967 829 49 656 585 038 708 38 028

871 612 29101 478 544 (500) 797 687 602 978 210 159 688

788 442 744 749 840 841 848 824 588 (500) 758 902 (500)

80412 643 588 87 642 (1000) 209 819 940 929 938 28 849

99 616 552 (800) 189 540 481 808 25 654 (1000) 887 848 35

31166 906 (1000) 776 946 72 182 886 447 508 (800) 961 878

244 709 268 502 612 532 768 (800) 783 798 873 32585 651 779

676 284 575 646 820 888 798 717 202 286 765 758 (500) 970

33480 798 878 176 605 887 638 981 198 224 898 217 91 617

886 892 15 987 44 238 978 744 808 886 885 (300) 893 (800)

34855 474 478 (800) 580 (3000) 459 408 526 197 179 (1000) 204

758 858 877 210 768 187 (1000) 855 867 786

35719 218 740 484 169 770 878 571 274 (8000) 185 748

(800) 808 122 891 (800) 548 199 429 271 298 696 36420 911

608 791 767 61 86 698 543 (1000) 942 896 (1000) 842 (800) 544

(500) 464 (1000) 74 604 955 128 37397 890 805 106 528 961

680 712 88 627 380 429 95 851 59 895 430 197 (800) 187 914

202 86 637 (800) 762 38356 416 871 796 578 59 574 885 259

(1000) 126 90 582 (800) 181 878 8 88 101 568 (8000) 89089 179

248 970 919 412 153 820 158 890 812 888 147 287 488 (500)

949 876 558 736 5 40 819 854 817 408 774 190 548

40597 997 84 228 928 746 612 568 (8000) 208 886 484 915

965 41381 851 212 120 594 562 741 886 (800) 94 123 96 582

604 603 939 538 489 298 648 587 (800) 42386 790 299 540 39

478 (500) 830 (300) 288 41 718 988 688 787 157 170 629 308

(1000) 43589 555 955 626 168 895 588 875 872 378 275 (3000)

150 514 7 192 (800) 4 359 680 152 708 102 (500) 232 44826

582 918 706 878 (800) 957 169 372 98 (800) 216 588 868 885

171 408 640 875 941 284 622 884 (800) 522 449

45787 829 150 (800) 280 428 994 62 181 (1000) 674 929

612 211 14 885 407 6 46700 650 765 870 585 178 704 7 262

198 170 580 47770 14 (500) 824 (800) 47 290 820 468 (800)

621 671 979 (1000) 388 508 495 259 (8000) 110 860 752 48895

720 728 251 890 784 159 (8000) 23 705 (8000) 754 (800) 85 898

183 (800) 451 653 992 49788 579 81 197 460 25 568 260 879

680 (500) 189 178 (500) 459 646 (800) 468 561 508 582 (1000)

482 290 744 901 855 782 287 709 692 49000

50815 58 552 180 508 (1000) 745 848 884 476 886 516 108

648 672 568 505 115 918 55 (800) 7